



6. NRW-Nachhaltigkeitstagung Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen voranbringen!

7. Mai 2018 in der Messe Essen

Inhalt

Zusammenfassung	3
6. NRW-Nachhaltigkeitstagung in Essen	
Eröffnung	5
Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen – Grüne Hauptstadt Europas 2017 Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen	
Zukunftsfähiges NRW	10
Christina Schulze Föcking, damalige Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	
Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor Deutsches Institut für Entwicklungspolitik/DIE, Bonn	13
Prof. Dr. Dr. Franz Radermacher, Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, Ulm	15
Podiumsdiskussion I	17
Perspektiven des nachhaltigen Wirtschaftens in NRW	
Markt der Möglichkeiten, Poetry Slam und Speakers' Corner	20
Workshops	
Neue Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung in NRW	22
Impulse für NRW aus der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes	25
Ziele und Indikatoren für nachhaltige Entwicklung	29
Land und Kommunen gemeinsam für nachhaltige Entwicklung	32
Umweltwirtschaft als Impulsgeber für eine Circular Economy	36
Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW strukturell verankern	39
Podiumsdiskussion II	42
Leben in der Stadt der Zukunft	
Fazit	46
Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen voranbringen! Abschlussinterview mit Dr. Heinrich Bottermann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	
Anhang	
Evaluation	48
Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement	49
Impressum	50



Zusammenfassung: 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung in Essen

Die Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie stand am 7. Mai 2018 im Zentrum der 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung. Über 400 Akteure aus Politik, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten im Congress Center Ost der Messe Essen, wie die Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren weiter vorangebracht werden kann. Als Veranstaltungsort hatten sich die Organisatoren in diesem Jahr bewusst für die Stadt Essen, die Grüne Hauptstadt Europas, entschieden, in der Oberbürgermeister Thomas Kufen die Tagungsteilnehmenden herzlich begrüßte: „Wir konnten im vergangenen Jahr als Grüne Hauptstadt Europas 2017 deutlich machen, dass Nachhaltigkeit ein bedeutendes Thema auch in der Kommunalpolitik ist. Es war uns dabei sehr wichtig, am Beispiel der Essener Transformationsgeschichte auch die Wandlungskompetenz der ganzen Metropole Ruhr deutlich zu machen.“

Ministerpräsident Armin Laschet eröffnete die Tagung und hob die große Erfahrung hervor, die Nordrhein-Westfalen und insbesondere das Ruhrgebiet mit dem Wandel habe. „Wir wissen, wie wichtig es ist, einen Ausgleich zwischen

Wirtschaft, Umwelt und sozialem Zusammenhalt zu schaffen. Wenn Nachhaltigkeit hier bei uns, an einem hoch entwickelten Industriestandort, in einem Ballungsraum gelingen kann, dann können wir auch weltweit Vorbild sein: für die Bewahrung der Schöpfung, für eine sozial ausgewogene Gesellschaft und für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie.“ Zudem kündigte Laschet an, dass sich die Landesregierung in Zukunft noch mehr an der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes orientieren möchte.

Im Anschluß ergänzte Christina Schulze-Föcking, damalige Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, „Mit der Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitstagung soll ein substanzieller, gemeinsamer Beitrag der Landesregierung zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals/SDGs) und zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung geleistet werden.“ Die große Resonanz auf die Tagung zeige, dass Nachhaltigkeit kein abstrakter Begriff mehr sei, sondern eng mit dem Alltag der Menschen verbunden sei. „Nachhaltigkeit ist ein ressortübergreifendes Querschnittsthema und längst in der Mitte der Gesell-



schaft angekommen. Jede und jeder kann seinen Beitrag leisten, um unser Land zukunftsfähig – oder 'enkeltauglich' zu machen.“

Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, warf einen globalen Blick auf Themen wie Nachhaltigkeitstransformation und Dekarbonisierung und plädierte dafür die Nachhaltigkeitsagenda als Modernisierungsagenda zu verstehen und die Chancen, auch die ökonomischen, in den Vordergrund zu stellen. Auch Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm, wünschte sich mehr Realitätssinn und weniger Wohlfühl Diskurse, wenn es um die Nachhaltigkeitsthematik im Kontext der globalen Entwicklung gehe.

Perspektiven des nachhaltigen Wirtschaftens in Nordrhein-Westfalen standen im Mittelpunkt einer ersten Diskussionsrunde. Unter der Moderation von Dr. Tanja Busse stellten Dr. Daniela Büchel (Bereichsvorstand Handel Deutschland – Ressort HR/Nachhaltigkeit der REWE Group), Dr. Claus Rettig (Geschäftsführer Evonik Resource Efficiency GmbH), Prof. Dr. Manfred Fischeidick (Vizepräsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH) und Dr. Heinrich Bottermann (Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW) ihre Unternehmens- und Branchen-Erfahrungen vor und diskutierten künftige Entwicklungsmöglichkeiten in NRW und Wünsche zur Unterstützung durch die Landesregierung.

Die Poetry Slams Bella Rosen und David Reschetow öffneten den Blick der Anwesenden für Aspekte des nachhaltigen Konsums und Stadtlebens. Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung bot der „Markt der Möglichkeiten“, auf dem neue Ideen, Praxisbeispiele und Zukunftsvisionen präsentiert wurden. Der „Speakers' Corner“ gab unterschiedlichen Akteuren Gelegenheit, ihre Nachhaltigkeitsprojekte in dreiminütigen Kurzvorträgen vorzustellen.

In sechs parallelen Workshops diskutierten die Teilnehmenden nachmittags über neue Herausforderungen, Ziele und Indikatoren für die nachhaltige Entwicklung in NRW.

Impulse aus der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes wurden ebenso thematisiert wie die Implementierung der Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene. Weitere Aspekte des Austauschs waren die Umweltwirtschaft als Impulsgeber für eine Circular Economy und die strukturelle Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW. Landtagsabgeordnete aller Fraktionen waren eingeladen, sich in die Workshops aktiv einzubringen; bis auf die AfD haben alle Fraktionen sich mit einem Beitrag beteiligt.

Insbesondere über die Workshops hatten viele Tagungsteilnehmende die Möglichkeit, ihre Ideen und Anregungen in den Nachhaltigkeitsprozess in Nordrhein-Westfalen einzubringen.

Eine zweite Diskussionsrunde am Nachmittag nahm das Leben in der Stadt der Zukunft in den Blick. Sarah Primus (Vorsitzende des Landesjugendrings), Simone Raskob (Beigeordnete für Umwelt, Bauen und Sport der Stadt Essen), Olaf Tschimpke (stellvertretender Vorsitzender des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung) und Prof. Dr. Uwe Schneidewind (Präsident des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH) stellten ihre Visionen vom Leben in einer nachhaltigen Stadt vor.

In seinem abschließenden Fazit fasste Dr. Heinrich Bottermann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, die wesentlichen Erkenntnisse der Tagung zusammen. Er dankte für die lebhaften Diskussionen und die zahlreichen Impulse und versprach, ab Herbst 2018 auch Regionalforen zur Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie in der Fläche des Landes durchzuführen. Als weitere wichtige Themen für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen nannte der Staatssekretär die Digitalisierung und die Verkehrswende. Nun wolle man die guten Ideen des Tages auswerten und in die Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie einbringen. Im Jahr 2019 soll auf der dann 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung die erneuerte NRW-Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden.



Eröffnung

Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen –
Grüne Hauptstadt Europas 2017

Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes
Nordrhein-Westfalen

Thomas Kufen:

Herr Ministerpräsident,
Frau Ministerin Schulze Föcking,
Herr Professor Messner,
meine Damen und Herren,

herzlich willkommen in der Messe Essen zur 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung. Ich darf Ihnen versichern: Das Thema Nachhaltigkeit ist bei uns in Essen aus mindestens drei Gründen bestens aufgehoben. Erstens konnten wir im vergangenen Jahr deutlich machen, dass Nachhaltigkeit ein bedeutendes Thema auch in der Kommunalpolitik ist. Dafür hat uns die Europäische Union mit dem Titel der Grünen Hauptstadt Europas 2017 ausgezeichnet. Es war uns dabei sehr wichtig, am Beispiel der Essener Transformationsgeschichte auch die Wandlungskompetenz der ganzen Region deutlich zu machen.

„Von Grün zu Grau zu Grün“ lautet kurzgefasst unser Werdegang: Aus grünen, eher ländlich geprägten Kleinstädten wurde im 20. Jahrhundert durch Kohle und Stahl

der größte Montanstandort Europas. Heute ist die Zeit der Kohleförderung und rauchenden Schloten im Ruhrgebiet vorbei. Neue wirtschaftliche Schwerpunkte, viel Grün und eine große Lebensqualität kennzeichnen unseren Strukturwandel, den wir weitestgehend bewältigt haben.

Der zweite Grund ist, dass für uns das Ende des Grünen Hauptstadtjahres nicht das Ende unserer Entwicklung zu einer nachhaltigen Stadt und Region ist. Denn wir hatten uns schon für das Grüne Hauptstadtjahr viel vorgenommen und auch heute bleibt noch einiges zu tun. Wir befinden uns am Beginn einer Dekade der Nachhaltigkeit. Ein Meilenstein in der Region wird der Emscherumbau sein, der 2020 abgeschlossen wird. Im Jahr 2022 findet die Ergebnispräsentation der KlimaExpo.NRW statt und die Region erhielt auch den Zuschlag für die Internationale Gartenausstellung 2027. Und als so genannte „Lead City“ wurde Essen von der Bundesregierung zu einer von fünf deutschen Städten auserkoren, die besondere Unterstützung bei ihrer Bemühung um mehr nachhaltigen Verkehr bekommen wird.

Der dritte Grund, weshalb die Nachhaltigkeitstagung gut zu Essen passt, sind die Planungen der Landesregierung zur Ruhrkonferenz. Damit wurde ein Prozess angestoßen, der im Ruhrgebiet einen auf mehrere Jahre angelegten Weg für die Weiterentwicklung der Region nach dem Auslaufen der Steinkohlenförderung 2018 vorantreiben soll.

Kritiker verweise ich in diesen Tagen auf die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA Bau) die im Jahr 1989 vom Land NRW für zehn Jahre gegründet wurde.

Sie sollte – ich zitiere – den „Hinterhof des Ruhrgebiets auf Vordermann bringen“ – und in dem mehrere hundert Quadratkilometer großen Gebiet Zukunftsperspektiven aufzeigen. Zur Finanzierung der Projekte wurden keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt. Die Projektfinanzierung erfolgte aus bereits bestehenden Förderprogrammen des Landes in Kombination mit Strukturhilfen des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft.

Insgesamt flossen Gelder aus mehr als 40 bestehenden Förderprogrammen in die Projekte, die neu zusammen-

geführt wurden. Im Ergebnis konnten rund 120 Projekte mit einer Investitionssumme von ca. 4 Milliarden Euro realisiert werden, darunter die Umgestaltung von 350 Kilometern Abwasserläufen. 16 große Gewerbe- und Wissenschaftsstandorte wurden auf ehemaligen Industriebrachen entwickelt und rund 2.500 neue Wohnungen konnten gebaut und ca. 5.000 Wohnungen saniert werden. Die IBA Emscher Park wurde nicht durch neue Finanzhilfen zum Erfolg, sondern durch kluges und innovatives Ausnutzen von bestehenden Förderprogrammen – also im besten Sinne nachhaltig.

Meine Damen und Herren, Sie werden heute intensiv über die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie diskutieren. Ich halte es für eine Stärke der Strategie, dass sie sich nicht nur auf Umwelt und Verkehr konzentriert, sondern auch die Punkte Finanzpolitik oder Demografie mit in den Blick nimmt. Denn beides wird die Kommunen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten prägen. Sie hier zu stärken und die Strategie fortzuentwickeln, halte ich für überaus zielführend.

In Zeiten sprudelnder Steuerquellen mag das Konnexitätsprinzip scheinbar weniger Bedeutung genießen, aber es wäre fatal, die Bemühungen um einen nachhaltigen Haushalt zu ignorieren und damit eine finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu gefährden. Und da auch die Alterung der Bevölkerung an meiner Stadt nicht vorbeigeht, mögen die Herausforderungen hier andere sein, als in den stärker ländlich geprägten Teilen des Landes; sie sind dennoch nicht weniger herausfordernd.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass Sie heute in Essen über Potenziale und Möglichkeiten statt über Risiken und Bedrohungen sprechen und dabei Chancen und Potenziale eines nachhaltigen Handelns und Wirtschaftens aufzeigen.

Nun wünsche ich allen Gästen einen angenehmen Aufenthalt und der 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung einen erfolgreichen Verlauf.

Ihnen allen ein herzliches „Glück auf“!

Armin Laschet:

Lieber Herr Messner,
Lieber Herr Rademacher,
Meine Damen und Herren,

auch von mir ein herzliches Willkommen hier in Essen zur Nachhaltigkeitstagung des Landes Nordrhein-Westfalen!

Ich möchte einfach mal schildern, wann ich das erste Mal auf das Wort „Nachhaltigkeit“ gestoßen bin. Vor etwas über 20 Jahren wurde ich in den Deutschen Bundestag gewählt, dort habe ich mich mit Entwicklungspolitik beschäftigt - aus der Zeit kennen wir uns noch, Herr Messner. Meine allererste Reise war damals im Rahmen eines sogenannten „Exposure- und Dialog-Programms“, das ist ein Programm der Kirchen, wo man für einen gewissen Zeitraum in einem Entwicklungsland lebt. Dieses Programm brachte mich nach Brasilien, mitten in den Regenwald, dorthin wo Regenwald abgeholzt wurde, damit man Holz hatte, um es danach in Steinöfen – quasi wie Köhler, die es auch früher mal im Ruhrgebiet gab –, zur Produktion von Eisenerz zu nutzen. Die Arbeit machten dort Kinder, so dass das Thema „Kinderarbeit“ mit dabei war.

Wir sind dann gefahren worden in den Norden Brasiliens, und da fuhren dann die großen Schiffe auf den Atlantik, und man erklärte uns: „So, und die fahren jetzt ins Ruhrgebiet. Und jetzt kümmern Sie sich, wenn Sie zurückreisen, mal um Nachhaltigkeit dort. Wir versuchen es hier bei uns.“

Daraus sieht man die Wechselbeziehungen, die wir mit dem Begriff der „Einen Welt“ natürlich längst auch in der internationalen Zusammenarbeit verankert haben. Und damit sind wir plötzlich in einem deutschen Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, im Herzstück der Industriepolitik in Deutschland.

Und auch hier hatte Nachhaltigkeit ganz unterschiedliche Aspekte: Ökonomisch war das Revier lange Zeit von einer Monostruktur geprägt, die sich sehr schnell entwickelt, Thomas Kufen hat das beschrieben. Noch Mitte des Jahrhunderts lebten hier wenige tausend Einwohner in einer ländlichen Region, danach setzte eine plötzliche Industrialisierung ein und ein sehr schnelles Wachsen der Städte rund um Kohle und Stahl mit allem, was dazugehört.

Es war eine Monokultur, die dann hundert Jahre später in den großen Strukturkrisen dazu führte, dass bei einem Stahl-Aus, als z. B. das Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen schloss, plötzlich tausende Menschen keine Arbeit mehr hatten. Das führte zu großen Strukturbrüchen.

Und die zweite Dimension fehlender Nachhaltigkeit im Ruhrgebiet war die Umwelt. Ökologische Schäden gehörten früher zu den „ortsüblichen Belastungen“. Man sieht

ja manchmal jetzt noch historisch, man muss da nicht nur Schimanski-Krimis sehen, sondern andere historische Stücke vor 30 Jahren, wie die Luft war, wie die Flüsse waren, die quasi als Abwasserkanäle genutzt wurden, die Emscher beispielsweise. Willy Brandt hat dann gesagt, er wünsche sich einmal einen blauen Himmel über der Ruhr. Und blauer als heute geht's nicht mehr. Das war vor 30 bis 40 Jahren unvorstellbar, selbst an Tagen wie heute, einen solchen blauen Himmel zu sehen. Das ist also eine Leistung zur Nachhaltigkeit in den letzten Jahrzehnten.

Und die dritte Dimension mit Blick auf die Nachhaltigkeit ist die soziale Nachhaltigkeit. Im 19. Jahrhundert brachte die Industrialisierung soziale Bewegungen hervor – kirchliche und marxistische. Karl Marx, dessen Geburtstag wir gerade in diesen Tagen feiern. Und diese sozialen Bewegungen haben hier im Ruhrgebiet dann schon nach dem Krieg zur Mitbestimmung geführt, weil man wusste: Nachhaltig wirtschaften wird man nur können, wenn man nicht im Klassenkampf gegeneinander steht, sondern Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammen eine solche Zukunftsfrage gestalten.

Und deshalb ist Nachhaltigkeit hier im Ruhrgebiet der Wechsel von der Monostruktur hin zu einem Mix verschiedener Branchen, von der Chemie- und Gesundheitswirtschaft bis zur IT-Sicherheit, zu Startups und neuen Formen, die neue Arbeitsplätze entstehen lassen.

Bei der Ökologie sind große Fortschritte erzielt worden – die Grüne Hauptstadt Europas, Essen, ist erwähnt worden.

Und die Mitbestimmung ist heute auch die Voraussetzung, dass wir in den weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen als Deutsche und auch als Nordrhein-Westfalen besonders gut aus der Krise herausgekommen sind.

Nun bin ich mir sicher, Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet können, wenn wir das richtig machen, und dem dient ja auch diese Tagung mit neuen Ideen, bei der Nachhaltigkeit die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung auch als Chance für unser Land nutzen. Deshalb haben wir Anfang des Jahres im Kabinett beschlossen, die nordrhein-westfälische Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln.

Das ist übrigens eine Strategie, die unabhängig ist von Regierungswechseln, denn nachhaltig heißt auch, dass man mal ein paar Jahre an einem Thema arbeitet. Und auch wenn eine Regierung wechselt, wenn neue Akzente hinzukommen, bleibt aber das Grundthema, denn es ist eine internationale Verabredung.

Wir wollen unsere Weiterentwicklung orientieren auch an der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Diese setzt die 17 globalen Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung auf der Ebene des Bundes um. Und uns ist wichtig zu zeigen, und deshalb ist der Blick in



Deutschland dann immer besonders auf Nordrhein-Westfalen gerichtet, dass ein dichtbesiedeltes Flächenland, ein Flächenland, das Industrieland bleiben will, das auch in der Zukunft noch Stahl- und Aluminium- und chemische Industrie haben will, das Industriearbeitsplätze haben will, trotzdem in der Lage ist, nachhaltig zu wirtschaften.

Es ist in Mecklenburg-Vorpommern im Zweifel etwas einfacher, sich um Nachhaltigkeit zu kümmern. Aber der Beweis auch gegenüber der Welt, auch in den Vereinten Nationen, selbst in einem Industrieland kann man das schaffen, und es führt nicht zur Deindustrialisierung, wenn man sich nachhaltig wirtschaftlich engagiert, das ist die Leistung, die wir hier in Nordrhein-Westfalen zeigen müssen.

Und die Kommunen müssen natürlich daran ihren Anteil haben. Thomas Kufen hat das für die Grüne Hauptstadt Essen erwähnt: Wenn auf dem Essener Baldeneysee beispielsweise ein spezielles Ausflugsschiff mit Brennstoffzellentechnik fährt, sind das neue Entwicklungen, die natürlich, so würde ich es mir jedenfalls wünschen, auch bei den 180.000 Schiffen, die täglich über den Rhein fahren und mehr Stickoxide ausstoßen als viele Autos in den Städten, wenn eine solche Entwicklung in größerem Umfang ihren Niederschlag finden könnte.

Das Gleiche gilt für die Automobilindustrie. Auch da merken wir: Durch Innovation ist es plötzlich möglich, dass aus Nordrhein-Westfalen heraus Elektromobilität wettbewerbsfähig wird. Das war zunächst der StreetScooter, eine Idee von ein paar Professoren an der RWTH, verbunden mit industrieller Produktion – heute ein Erfolgsmodell, das die gesamten Post-Vertriebswege Stück für Stück umstellt auf Elektromobilität.

In wenigen Monaten kommt das erste private Auto für die Städte auf den Markt zu einem bezahlbaren Preis, ebenfalls ein Elektromobil, in Aachen produziert, in Nordrhein-Westfalen. Und ich habe deshalb einen Beirat

mit all denen, die im Land an diesem Thema arbeiten. Das sind mittelständische Betriebe, das sind Universitäten, das sind Wissenschaftler, die weiter forschen bei der Brennstoffzellentechnik und bei der Elektromobilität, dass wir da wirklich zum Vorreiter werden und wir hier beweisen: Ja, die klassische Automobilindustrie wird sich wandeln. Opel in Bochum ist verschwunden, aber wenn etwas Neues entsteht, kann Nordrhein-Westfalen mit dabei sein. Und dann sind wir plötzlich wieder „Autoland“, das Autos produziert, aber in eine zukünftige, nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf Elektromobilität.

Das müssen wir ebenso schaffen für den öffentlichen Personennahverkehr. Da gibt es große Gipfel in Berlin, bei der Kanzlerin, und alle sagen: Ja, wir steigen jetzt alle auf Elektrobusse um! Nur, es gibt sie aus Deutschland nicht. Man kann derzeit in Deutschland kaum große elektromobile Busse kaufen, weil es keine Anbieter auf dem Markt gibt, und man müht sich, dann diese Fahrzeuge irgendwo herzukriegen. Auch hier haben wir in Nordrhein-Westfalen die Chance, mitzuwirken.

Und das nächste große, und das ist ein schwieriges Thema, wo es vielleicht auch heute kontroverse Debatten geben wird, ist die Energieversorgung.

Hier in Essen, wenige Meter entfernt, sind die großen deutschen Energieunternehmen: E.ON, RWE und Innogy, die sich in Zukunft neu ordnen werden. Und hier ist jetzt die entscheidende Frage: Wie erreichen wir die Klimaziele 2030 und haben trotzdem zu jeder Sekunde verfügbaren, bezahlbaren Strom für die Industriearbeitsplätze? Das ist die große Herausforderung, vor der wir jetzt stehen.

Und Deutschland hat es sich dann nochmal besonders anspruchsvoll gestaltet, indem wir jetzt – erstmal bis 2022, so ist es großer gesellschaftlicher Konsens – Stück für Stück Kernkraftwerke abschalten.

Bei der Klimakonferenz in Bonn habe ich Präsident Macron erlebt, er bekommt Mittwoch, Donnerstag den Karlspreis, wird gefeiert als der große Klimaschützer. Er hat gesagt: Wir sind bei der CO₂-Reduktion ganz vorne in Frankreich! Ja, indem sie die Laufzeit ihrer Kernkraftwerke verlängern, auch nicht nur sichere Kernkraftwerke verlängern. Wir in Deutschland sagen: Wir gehen aus der Kernenergie heraus. Und darum haben wir jetzt die anspruchsvolle Aufgabe, für eine Übergangszeit die Kohle noch zu haben, trotzdem bei regenerativen Energien voranzukommen, wissend, dass es für so eine Industrieregion nur funktioniert, wenn wir bei den Speichertechnologien den Schritt gehen, auch die regenerativen Energien auf Dauer zu speichern.

Und das macht die Diskussion, weil die Kohlefrage jetzt eine sehr kontroverse ist, auch im politischen Diskurs besonders kompliziert. Aber auch hier muss der Anspruch sein, diesen Übergang zu schaffen, ohne unsere Kernindustrien, auch ohne die sozialen Fragen, die damit verbunden sind, zu vernachlässigen.

Und ein Letztes: Kommunen sind wichtige Partner, auch in diesem Kongress am heutigen Tag. Es gibt viele Beispiele, und fast jede Stadt und Kommune in Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen hat das erwähnt, hat heute Nachhaltigkeit in ihrem Programm, diskutiert in den Räten über Nachhaltigkeit und wie sich das vor Ort umsetzen lässt.

Und da denke ich beispielsweise an die Stadt Herten, um einmal ein Beispiel zu nehmen, wo ein kommunales Anwerdzentrum für die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie in der Stadt koordiniert wird und in der Stadt entwickelt werden soll, was das für Stadtentwicklung bedeutet.

Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Frage. Wir als Landesregierung werden diese Nachhaltigkeitsstrategie der Umweltministerin als Gesamtregierung – insbesondere für das Ruhrgebiet – bei der „Ruhrkonferenz“ begleiten.

Sie wissen, dass im Dezember die letzten beiden deutschen Steinkohlezechen schließen, eine in Ibbenbüren und eine – Prosper Haniel – in Bottrop. Da ist viel Wehmut im Spiel, auch bei den Bergleuten – natürlich, nach einer 200-jährigen Industriegeschichte plötzlich dann die letzte Fahrt zu machen.

Und das kann ich auch nachvollziehen als Sohn eines Bergmanns im Aachener Revier, aber man muss dann den Blick trotzdem in die Zukunft richten. Und deshalb wollen wir mit einer Ruhrkonferenz genau die neue Entwicklung des Ruhrgebiets, dieser großen Industrieregion, jetzt voranbringen. Und da wird jedes einzelne Ministerium, nicht nur das Umweltministerium, daran mitwirken, dies auch nachhaltig zu gestalten. Und wenn das gelingt, dann sind wir wirklich einen großen Schritt weiter. Vor 30 Jahren gab es mit Helmut Kohl und Johannes Rau schon einmal eine Ruhrkonferenz, es war eine „Krisenkonferenz“ nach dem Ende von Rheinhausen, nach dem Ende der Stahlindustrie in Duisburg, von diesen beiden Werken.

Und jetzt stehen wir vor der neuen Frage: Was heißt das für die Zukunft? Und das gemeinsam zu entwickeln, wird eine Aufgabe sein, bei der alle Ressorts gefragt sind. Und wenn das Umweltressort mit Nachhaltigkeitsanregungen, Ideen, Konzepten diesen Prozess begleitet, dann können wir, glaube ich, sagen: Der Strukturwandel ist – auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit – gelungen.

Ihnen alles Gute und gute Beratungen heute hier in Essen!



Zukunftsfähiges NRW: **Nachhaltigkeit als ressortübergreifendes Querschnittsthema**

Christina Schulze Föcking, damalige Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Beginn ihrer Ansprache brachte Christina Schulze Föcking ihre Freude über das große Interesse am Thema Nachhaltigkeit zum Ausdruck: „Die große Resonanz zeigt mir: Nachhaltigkeit ist längst nichts Exotisches mehr; Nachhaltigkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.“ Erstmals sei eine NRW-Nachhaltigkeitstagung durch den Ministerpräsidenten persönlich eröffnet worden. Das zeige, welchen Stellenwert das Thema für die Landesregierung habe – ressortübergreifend und als Querschnittsthema. Schulze Föcking betonte: „Alle Themen des Ministeriums sind mit der Verantwortung für wichtige Aspekte und Facetten nachhaltigen Lebens und Arbeitens verbunden: Umwelt- und Naturschutz, umweltschonende Landwirtschaft, gesunde Ernährung, nachhaltiges Wirtschaften, aktiver Verbraucherschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung.“

Schon an diesen Schlagworten können wir ablesen: Nachhaltigkeit ist kein abstrakter Begriff, sondern eng mit dem Alltag der Menschen verbunden.“

Kein Schönwetter-Begriff

Auch sei Nachhaltigkeit kein Schönwetter-Begriff für Sonntagsreden, sondern Aufforderung und Aufgabe für alle im Land. „Jede und jeder kann einen Beitrag leisten, um unser Land zukunftsfähig zu machen – oder ‚enkeltauglich‘, wenn Sie so wollen“. Es sei heute unsere Aufgabe, mehr als nur eine Generation in die Zukunft zu schauen, um die Dimension unseres Handelns für die Menschen zu verstehen, die nach uns auf dieser Welt leben werden. Christina Schulze Föcking: „Wenn wir also an unsere Kinder und Enkelkinder denken – und in ihrem Interesse handeln –, dann muss unser Leitbild ein nachhaltiges sein.“

Aus großen Herausforderungen entstehen großartige Ideen

Als Industrieland stehe Nordrhein-Westfalen vor großen Herausforderungen, wenn es darum gehe, ökonomische Vernunft mit ökologischer Verantwortung und sozialem Zusammenhalt zu verbinden. „Die Größe der Herausforderungen wird in Städten mit einer langen Industriegeschichte besonders deutlich. Die Stadt Essen – heute unser Gastgeber – ist eine solche Stadt. Das haben die Worte von Herrn Kufen eindrucksvoll bestätigt – und daher ist es gut, dass wir heute in Essen zusammengelassen sind“, betonte Schulze Föcking. Dabei möchte sie „große Herausforderungen“ nicht als „große Probleme“ verstanden wissen. Aus großen Herausforderungen könnten großartige Ideen entstehen. So habe die ehemalige Montan- und Stahlstadt Essen im vergangenen Jahr den Ehrentitel „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ getragen. In Essen seien in den letzten Jahrzehnten, wie auch anderswo in der Metropole Ruhr und in NRW, im Rahmen des wirtschaftlichen Strukturwandels zahlreiche Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft entstanden, sodass Nordrhein-Westfalen inzwischen das Bundesland mit den meisten Beschäftigten in den Branchen, die für die Umwelt arbeiten, sei.

Die Landesregierung wolle der Nachhaltigkeitsdebatte mehr Schwung verleihen, sich bisher nicht ausreichend adressierten Herausforderungen stellen und die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie neu ausrichten und weiterentwickeln. Christina Schulze Föcking: „Wir wollen nachhaltige Mobilitätskonzepte entwickeln, Innovationen voranbringen und Bildung im Kontext der nachhaltigen Entwicklung stärker fördern.“

Orientierung an den Nachhaltigkeitszielen des Bundes

Die Teilnehmenden der NRW-Nachhaltigkeitstagung 2018 seien keine „Gäste“, sondern „Aktive“ im besten Wortsinne: „Denn nur in Kooperation und im Dialog mit allen Beteiligten und Betroffenen kann man tragfähige politische Konzepte entwickeln und umsetzen.“ Mit der Politik für ein nachhaltiges NRW wolle man einen Beitrag leisten, um die Welt zum Besseren zu ändern. Die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die sogenannten „SDGs“, sollen dabei der Maßstab sein. Zudem wolle die Landesregierung sich in Zukunft noch mehr an der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes orientieren. „Denn nur durch ein abgestimmtes Vorgehen werden wir unsere ambitionierten Ziele erreichen können. Aber Nordrhein-Westfalen wird auch eigene Akzente setzen. Dabei können wir uns auf viele Elemente des Koalitionsvertrags stützen, der unserer Landesregierung zugrunde liegt“, so Schulze Föcking.

Im Folgenden stellte sie vier Bereiche vor, die bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie eine wichtige Rolle spielen sollen:

- **Nachhaltige Wirtschaft:** Nur durch eine andere, nachhaltige Art des Wirtschaftens könne Nordrhein-Westfalen fit werden für die Zukunft. Die Digitalisierung und der Breitbandausbau seien wichtige Voraussetzung dafür, die Umweltwirtschaft ist dabei ein zentrales Handlungsfeld.
- **Biologische Vielfalt:** Biodiversität ist die Voraussetzung für funktionsfähige Ökosysteme, sie bildet unsere Existenzgrundlage. Ein wichtiges Thema, dem sich die Landesregierung verstärkt widmen wolle, sei der Insektenchwund. Man strebe z.B. einen Ausbau der Forschung am Standort Bonn an: Mit dem Museum König als Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere und dem Sekretariat des Weltbiodiversitätsrates biete Bonn ideale Standortvoraussetzungen für den Aufbau eines wissenschaftlichen Monitoringzentrums für Biodiversität.
- **Nachhaltige Finanzen:** Anfang März 2018 wurde vom Finanzministerium die vierte NRW-Nachhaltigkeitsanleihe mit einem Volumen von 2,025 Milliarden erfolgreich auf den Markt gebracht. Die Nachhaltigkeitsanleihe richte sich besonders an Investoren, die auf nachhaltige und verantwortungsvolle Geldanlage Wert legen. NRW sei einer der Pioniere in diesem neuen Marktsegment.
- **Bildung für nachhaltige Entwicklung:** Das Umweltministerium NRW unterstütze derzeit 23 Regionalzentren im ganzen Land und habe mit diesen Zentren ein landeswei-



tes BNE-Netzwerk aufgebaut. Dafür werden allein in diesem Jahr rund 1,8 Millionen Euro aus Landesmitteln eingesetzt.

„Wir brauchen solche positiven Beispiele, um mit dem Vorurteil aufzuräumen, nachhaltiges Handeln koste nur viel Geld, sei etwas, das man sich leisten können müsse und bedeute ein Risiko für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Ich denke, die Wirtschaftsvertreter in der folgenden Diskussionsrunde werden bestätigen, dass man wirtschaftlichen Erfolg mit ökologischem und sozialem Fortschritt kombinieren kann“, fasste Christina Schulze Föcking zusammen. Auch viele Kommunen in NRW würden tagtäglich zeigen, dass Nachhaltigkeit nicht nur eine Frage des Budgets sei: „Essen ist

Grüne Hauptstadt Europas 2017, Gelsenkirchen wurde vielfach für BNE-Projekte ausgezeichnet und Dortmund wurde 2014 zur nachhaltigsten deutschen Großstadt gekürt, um nur einige Kommunen herauszugreifen.“ Auch an diesen Beispielen könne man sich orientieren.

An den Schluss ihrer Rede stellte Schulze Föcking ein Zitat: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt. Das sagte Dante Alighieri, der Schöpfer der ‚Göttlichen Komödie‘. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass unser Motto ‚Heute handeln‘ uns alle weiter antreibt, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder nicht in Gefahr zu bringen, sondern kräftig anzupacken, um Nordrhein-Westfalen nachhaltig voranzubringen.“



Zukunftsfähiges NRW: **Transformativer Wandel und Dekarbonisierung als wichtigste Ziele der kommenden Jahre**

Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor Deutsches Institut für Entwicklungspolitik/DIE, Bonn

Prof. Dr. Dirk Messner wagte einen globalen Blick auf die Herausforderung und eröffnete seinen Redebeitrag mit der Frage: Wo stehen wir im Prozess der Umsetzung von Nachhaltigkeit? „Wir haben viele Erfolgsstories vorzuweisen – denken wir nur an den blauen Himmel über der Ruhr. Dennoch sind wir noch lange nicht ‚on track‘, wenn es um die Umsetzung der Klimaziele 2030 geht. Hier sind noch deutlich mehr Anstrengungen gefordert“, so der Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik. Nordrhein-Westfalen nehme als Industrieland eine besonders wichtige Rolle bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele ein, auch in internationaler Perspektive. „In Asien beispielsweise schaut man auf Deutschland. Die Asiaten möchten sehen, ob es uns gelingt, ökonomische und ökologische Ziele unter einen Hut zu bringen“, so Messner. Der Blick sei dabei auch auf NRW als dem Herzland der deutschen Industrie gerichtet.

Die Wirtschaft dekarbonisieren

Nachhaltigkeitstransformation und Dekarbonisierung seien die wichtigsten Themen der kommenden Jahre. Er verglich die Nachhaltigkeitstransformation in ihrer Bedeutung mit der Industriellen Revolution, die vor 250 Jahren einsetzte und die Menschheit in ein ganz neues Zeitalter katapultierte. Die jetzige Transformation müsse es uns erlauben, ein Produktions- und Wirtschaftssystem zu entwickeln, das in der Lage sei, neun Milliarden Menschen auf diesem Planeten in den Grenzen des Erdsystems gut zu ernähren. „Um dies zu erreichen, müssen wir die Weltwirtschaft dekarbonisieren, das heißt, wir müssen eine wirtschaftsweise entwickeln, die ohne Treibhausgasemissionen auskommt“, erklärte Prof. Messner. Um die Einhaltung der Zwei-Grad-Leitplanke für die globale Erwärmung zu gewährleisten, auf die sich die Staatengemeinschaft in Paris 2015 geeinigt habe, sei eine vollständige Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis spätestens 2050 notwendig. Dabei gehe es um den Umbau der Energiesysteme, den Umbau von Landwirtschaftssystemen und die Art und Weise, wie wir unsere Städte bauen und bewirtschaften. „70 Prozent der energiebezogenen Treibhausgasemissionen kommen aus Städten. Und wir erleben momentan eine Verdoppelung urbaner Bevölkerung. Wie wir die Städte bauen, ist daher von zentraler Bedeutung“, so der Prof. Messner. „Wir brauchen den Ausstieg aus der Kohle, wir brauchen eine Beschleunigung der Prozesse bei der Gebäudesanierung und wir brauchen die Dekarbonisierung des Verkehrswesens.“ Zentrale Elemente der Entwicklung seien daher ein Modernisierungsprogramm für die Dekarbonisierung und ein Fahrplan für die konkrete Umsetzung der Nachhaltigkeitstransformation.

Die soziale Verantwortung

Bei allen Bestrebungen der Nachhaltigkeitstransformation müsse dabei stets die soziale Komponente berücksichtigt werden: „Die Beschleunigung der Veränderung ist enorm, der Strukturwandel ist radikal. Das überfordert einige Akteure. So kommt es punktuell zu Xenophobie und Klimaskeptizismus. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Dekarbonisierung mit vernünftigen Perspektiven für die Menschen und die Nachhaltigkeitstransformation mit der sozialen Verantwortung zu verbinden.“

Digitalisierung als Chance

Die Digitalisierung sei aktuell in aller Munde. Sie öffne die Tür zu einem neuen Zeitalter und werde massive Veränderungen mit sich bringen. Als Beispiel nannte Prof. Messner die vielen neuen Möglichkeiten, die autonome Systeme uns in Zukunft bieten könnten. „Wir müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, sehen aber auch, dass die Digitalisierung einen ganz neuen Nachhaltigkeitsdiskurs erfordert.“ Die deutsche Politik wird sich zukünftig intensiver mit der Bedeutung der Digitalisierung für globale Entwicklung beschäftigen müssen, so Messner weiter. Denn Digitalisierung verändere Arbeitsmärkte, Bildungssysteme, Medizin, Welthandel, Klimaschutz, Demokratie, globale Kommunikationsnetzwerke sowie Wissenschaft und verknüpfe lokale Stand- und Lebensorte weltweit. Den Chancen und Risiken dieser Entwicklungen und ihrer Bedeutung für die „Agenda 2030“ sollte große Beachtung geschenkt werden. Nicht zuletzt gehe es dabei darum, die unterschiedlichen Communitys zusammenzuführen: „NRW kann ein Laboratorium für die erfolgreiche digitale Entwicklung und die Nachhaltigkeits-Transformation insgesamt sein.“



Zukunftsfähiges NRW: Die Nachhaltigkeitsthematik im Kontext globaler Entwicklungen

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, Leiter des
Forschungsinstituts für anwendungsorientierte
Wissensverarbeitung Ulm

Prof. Franz Josef Radermacher stellte zu Beginn seines Vortrags heraus, wie wichtig es sei, die Nachhaltigkeitsthematik im Kontext der globalen Entwicklungen zu sehen. „Die wirkliche Herausforderung liegt darin, die Wirtschaftswachstumsforderungen ärmerer Länder mit den Zielen der Nachhaltigkeit zu verbinden“. Anders als sein Vorredner sei er der Meinung, dass die vollständige Dekarbonisierung der Erde bis zum Jahr 2050 nicht realisierbar sei. Radermacher plädierte stattdessen dafür, mehr Zeit einzuplanen, um die nötige Transformation zu schaffen.

Global handeln

Im Folgenden brachte Radermacher seine Skepsis mit Blick auf eine zentrale Frage der Debatte zum Ausdruck: Hat Deutschland beim Thema Nachhaltigkeit tatsächlich eine Vorbildrolle inne? Der Wissenschaftler erklärte seine Sichtweise mithilfe eines Beispiels: „Deutschland hat einen Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ von zehn Tonnen pro Jahr. In Frankreich liegt dieser Wert bei nur fünf Tonnen.“ Selbst China habe mit 7,5 Tonnen pro Kopf weniger Emissionen vorzuweisen als Deutschland. „Betrachtet man allein diese Zahlen, wird deutlich, dass es in Deutschland noch großen Handlungsbedarf gibt“, fasste Prof. Radermacher zusammen. Dennoch sei China kein positives Beispiel für gelungene nachhaltige Entwicklungen, betonte er. Lasse man die Pro-Kopf-Werte außen vor und betrachte die Menge an Emissionen insgesamt, so stehe China deutlich schlechter dar: Die chinesischen Emissionen sind nicht nur höher als die europäischen. Mehr noch: Die Werte übertreffen sogar die Emissionen aus den USA und Japan. Zugleich habe China in den vergangenen Jahren mit zahlreichen anderen Problemen zu kämpfen gehabt. Davon seien etwa Umweltverschmutzung und Energieverschwendung nur die Spitze des Eisbergs. Radermacher sieht diese Entwicklung kritisch: „Wir müssen aufpassen, dass Indien und Afrika nicht den gleichen

Weg gehen wie China“, mahnte er. „Denn was dann passieren würde, auch mit Blick auf die globalen Veränderungen, kann man sich mit China vor Augen gut vorstellen.“ Die Länder der westlichen Welt sollten daher besser frühzeitig eingreifen und den Ländern des Südens Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, die zu einem nachhaltigeren Leben führen könnten.

Alternativen zulassen

Nachbesserungsbedarf erkennt Radermacher bei der Verknüpfung von Digitalisierung und Nachhaltigkeit: „Momentan laufen die digitalen Prozesse nicht in eine Richtung, die Nachhaltigkeit fördert.“ Vielmehr sei zu beobachten, dass durch die Digitalisierung die soziale Spaltung vorangetrieben werde. Dabei könne mithilfe der Digitalisierung einiges geschaffen werden: „Neue Technologien kämen der gesamten Welt zugute“, ist Radermacher überzeugt. „Deshalb müssen wir auch das, was Nordrhein-Westfalen tut, immer im Spannungsfeld der globalen Entwicklung betrachten.“ Um die gesetzten Klimaziele erreichen zu können, müsse eine realistischere Perspektive eingenommen werden. Insgesamt solle sich NRW für die vielfältigen Möglichkeiten der Technik und für alternative Ansätze öffnen: „Es gibt nicht nur einen richtigen Weg.“



Podiumsdiskussion I: Perspektiven des nachhaltigen Wirtschaftens in NRW

Teilnehmer:

Dr. Daniela Büchel, Bereichsvorstand Handel Deutschland – Ressort HR/Nachhaltigkeit REWE Group

Dr. Claus Rettig, Geschäftsführer Evonik Resource Efficiency GmbH

Prof. Dr. Manfred Fischedick, Vizepräsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH

Dr. Heinrich Bottermann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW

Moderation:

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Welche Perspektiven des nachhaltigen Wirtschaftens gibt es für Nordrhein-Westfalen, wie kommen wir gemeinsam voran? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der ersten Diskussionsrunde der Tagung. Unter der Moderation von Dr. Tanja Busse stellten Dr. Daniela Büchel, Dr. Claus

Rettig, Prof. Dr. Manfred Fischedick und Dr. Heinrich Bottermann ihre Positionen zum Thema dar und diskutierten gemeinsam über künftige Entwicklungsmöglichkeiten für NRW.

Mehr als nur Bio

Dass Nachhaltigkeit im Massenmarkt unter anderem durch verantwortungsvollen Konsum und nachhaltige Produktion bestimmt wird, beschrieb Dr. Daniela Büchel. Als Bereichsvorstand Handel Deutschland im Ressort Human Resources/Nachhaltigkeit der REWE Group weiß sie, welches großes Potenzial der Kundenkontakt bietet: „Wir müssen den Konsumenten für Nachhaltigkeit begeistern – nicht nur über Bio-Produkte, sondern auch in konventionellen Bereichen.“ Deshalb stehe die Nachhaltigkeitsstrategie der REWE Group auf vier Säulen, die neben Grünen Produkten und zufriedenen Mitarbeitern auch die Bereiche „Energie, Klima, Umwelt“ und „Gesellschaftliches Engagement“ umfassen. Darüber hinaus verfolge das Unternehmen verschiedene Projekte, die zu nachhaltige-

ren Lösungen führen sollen. Büchel nannte als Beispiel ein Gemeinschaftsprojekt im Bereich Umweltschutz: „Gemeinsam mit dem NABU realisieren wir ein Projekt zum Bienenschutz und gegen das Insektensterben. Außerdem engagieren wir uns für soziale Nachhaltigkeit, etwa im Bereich des Kakaoanbaus.“ Wichtig sei für sie, gemeinsam mit der Politik über mögliche Änderungen gesetzlicher Standards zu diskutieren, um Verbesserungen herbeizuführen. „Denkbar wäre etwa, Umweltkosten stärker in den Preisen abzubilden (Internalisierung) und bei nachhaltigen Lebensmitteln die Mehrwertsteuer zu senken“, schlug Büchel vor. „Nur so können nachhaltige Produkte in der Breite an den Kunden gehen.“

Verantwortung übernehmen

„Kraft für Neues“ – dieser Vorsatz steht bei Evonik an oberster Stelle. Das Thema Nachhaltigkeit sei dabei ein zentraler Bestandteil des Leistungsversprechens, wie Dr. Claus Rettig erklärte: „Wir nähern uns über zwei Seiten einem nachhaltigeren Handeln. Zum einen arbeiten wir daran, uns selbst als Unternehmen stetig zu verbessern und etwa unseren Wasserverbrauch und die CO₂-Emissionen zu senken.“ Daneben schaue das Unternehmen, wie es mithilfe seiner Produkte und Dienstleistungen für mehr Nachhaltigkeit in der Gesellschaft sorgen könne. Als positives Beispiel nannte der Geschäftsführer der Evonik Resource Efficiency GmbH hierbei den grünen Reifen. „Autos, die mit grünen Reifen unterwegs sind, verbrauchen bis zu acht Prozent weniger Treibstoff, kommen auf nassen Fahrbahnen schneller zum Stehen und verursachen weniger Lärm“, fasste Rettig zusammen. Solche Vorteile von nachhaltigen Produkten sichtbar zu machen, sei für ihn eine Aufgabe der Politik. „Insbesondere im Bereich Spezialchemie haben wir in NRW dank hervorragender Technologien und Forschung eine sehr gute Ausgangssituation“, so Rettig. Zum Beispiel ließe sich durch Kennzeichnungspflichten und eine höhere Transparenz Resultate schaffen, die nachhaltig und gleichzeitig bezahlbar seien. Verbesserungsmöglichkeiten



ten sieht Rettig zudem beim Thema Digitalisierung: „Besonders beim Ausbau der Hochgeschwindigkeitsinfrastruktur gibt es noch viele Handlungsmöglichkeiten, an denen die Regierung ansetzen kann.“

Umwelttechnologie als Wachstumsbranche

Als positives Beispiel für die Nachhaltigkeitsbestrebungen der Wirtschaft nannte Prof. Dr. Manfred Fischedick die Initiative „Carbon2Chem“. In diesem Projekt haben sich Unternehmen und Forschungsinstitute zusammengetan, um Hüttengase aus der Stahlproduktion als Ausgangsstoff für chemische Produkte zu nutzen – einschließlich des darin enthaltenen CO₂. Der Vizepräsident des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie forderte eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, eine „Industriesymbiose“, und erklärte: „Schon heute arbeiten mehr als 370.000 Menschen in NRW im Bereich der Umwelttechnologie. Wir haben es hier mit einem großen Wachstumsmarkt und besten Chancen auf dem Weltmarkt zu tun.“

Auf die Frage der Moderatorin nach nachhaltigem Wirtschaften in der Industrie antwortete Fischedick: „Das ist eine gigantische Herausforderung. Hier müssen wir Strukturwandelprozesse auf den Weg bringen und zwar proaktiv.“ Noch vor zehn Jahren hätte sich niemand vorstellen können, dass Strom aus Wind und Sonne in einigen Ländern einmal zu den günstigsten Energiequellen zählen würde. Als besonders kritisch beschrieb der Wissenschaftler hingegen die Entwicklung im Verkehrsbereich: „Bei der Mobilität hat sich nichts getan: Von 1990 bis heute ist überhaupt kein Rückgang bei den CO₂-Emissionen zu verzeichnen.“

Reststoffe als Rohstoffe begreifen

„Wie blicken Sie auf die Wirtschaft in NRW?“ lautete die Frage an Dr. Heinrich Bottermann. Der Staatssekretär verwies auf die Tatsache, dass die NRW-Wirtschaft von vielen mittelständischen Unternehmen geprägt werde: „Diese sind oft genauso erfolgreich wie die Großen. Sie suchen sich eine Nische und entwickeln neue Verfahren.“ Der Beitrag kleiner und mittlerer Unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung sei daher nicht zu unterschätzen.



Aber auch viele größere Unternehmen hätten die Zeichen der Zeit erkannt und ihre Produktionssysteme umgestellt. „Die chemische Industrie zum Beispiel ist hier insgesamt auf einem guten Weg. Abfälle beispielsweise werden dort als Rohstoffe genutzt“, so Bottermann. Handlungsbedarf sieht der Staatssekretär hingegen noch in der Bauwirtschaft. Dort gebe es noch viel Potenzial für mehr Kreislaufwirtschaft: Abbruchmaterial müsse sortenrein getrennt werden und könnte so zukünftig noch gezielter wiederverwendet werden. „Wir müssen Reststoffe als Rohstoffe begreifen! Das muss ein wesentlicher Ansatz in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sein.“ Der Staatssekretär machte sich zudem für eine bessere Aufklärung der Verbraucher stark, um diese auf eine mündige Kaufentscheidung vorzubereiten. Herkunftsnachweise seien zwingend erforderlich. Über die genaue Ausgestaltung müsse noch diskutiert werden. Wichtig sei es, bei allen weiteren Schritten auch die soziale Komponente zu berücksichtigen und einen verträglichen Wandel zu gestalten.

Transformationserfahrung nutzen

In der Diskussion wurden auch die NRW-Nachhaltigkeitsanleihen. Nach den erfolgreichen Platzierungen in den Jahren 2015 bis 2017 hat das Land Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2018 wieder eine Nachhaltigkeitsanleihe herausgegeben. Das Land möchte damit Investoren, die auf eine nachhaltige Geldanlage Wert legen, ein Wertpapier anbieten, das Nachhaltigkeitsausgaben des Landes refinanziert. Prof. Fishedick betonte die Bedeutung eines vorbildlichen Handelns des Landes: „Wir brauchen eine nachhaltige Landesregierung, ein nachhaltiges Beschäftigungswesen und Nachhaltigkeitsanleihen. Insgesamt wünsche ich mir dabei vor allem mehr Transparenz bei den Produkten und Prozessen.“ Darüber hinaus sprach er sich für eine höhere CO₂-Besteuerung und eine Steigerung der Innovationsdynamik aus. „Die Landesregierung kann bei innovativen Ideen Geburtshelfer spielen und Projekte nach vorne bringen. Es gilt, Fördermittel bereitzustellen und Formate zu schaffen, bei denen Unternehmen gemeinsam mit der Wissenschaft Ideen entwickeln können“, so der Wissenschaftler. NRW sei für derartige Kooperationen

bestens aufgestellt: Das Land besitze eine ausgezeichnete Forschungslandschaft und eine Menge Transformationsenerfahrung.



Nachhaltigkeit in die Fläche bringen

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion folgte eine Runde mit Fragen und Anregungen aus dem Auditorium. Ein Redner bezeichnete die Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW als Rückschritt. Eine ZuhörerIn wünschte sich nähere Ausführungen zu Energie- und Ressourceneinsparungen. Prof. Fishedick erklärte dazu: „Wenn wir so weitermachen wie bisher, wird sich unser Energiebedarf im Jahr 2040 um 40 Prozent erhöht haben. Was wir jetzt brauchen, ist eine Energieeffizienzsteigerung gepaart mit mehr Ressourceneffizienz sowie einen Ausbau der Erneuerbaren Energien.“ Auch ein bewussterer Umgang mit Energie und eine stärkere Sensibilisierung der Bürger in diesem Bereich seien unerlässlich. Ein Tagungsteilnehmer richtete an das NRW-Umweltministerium den Wunsch, Themen der Nachhaltigkeit doch künftig verstärkt ins Land zu tragen. Staatssekretär Bottermann reagierte prompt und stellt entsprechende dezentrale Veranstaltungen in Aussicht: „Ja, ich bin sehr dafür, dass wir solche Nachhaltigkeits-Konferenzen im ganzen Land abhalten. Es ist wichtig, mit diesem Thema breite Teile der Bevölkerung zu erreichen.“



Markt der Möglichkeiten, Poetry Slam und Speaker's Corner

Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung bot der Markt der Möglichkeiten, auf dem neue Ideen, Praxisbeispiele und Zukunftsvisionen präsentiert wurden.

Mit Wortbeiträgen, die nachdenklich stimmten, öffneten die Poetry-Slammer Bella Roosen und David Reschetow den Blick der Anwesenden für Aspekte des nachhaltigen Konsums und Stadtlebens.

In der Mittagspause wurde auf dem Markt der Möglichkeiten ein Speakers' Corner eingerichtet. Hier konnten Akteure in drei Minuten ihr Projekt zum Thema Nachhaltigkeit vorstellen. Insgesamt fünf Referenten nutzten die Gelegenheit und präsentierten ihre Nachhaltigkeitsprojekte in Kurzvorträgen.





Workshop: Neue Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung in NRW

Podium:

Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor Deutsches Institut für Entwicklungspolitik/DIE, Bonn

Christoph Bals, politischer Geschäftsführer Germanwatch e.V., Bonn

André Stinka MdL, Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

zeitweise **Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher**, Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, Ulm

Moderation:

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Einleitung

Die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen umfassen Themen aus unterschiedlichsten Bereichen, die von Armut und Welthunger über Bildung und Geschlechtergleichheit bis hin zu Klimaschutz und Gesundheit reichen. Wie sich diese Bandbreite verbinden lässt und wie sich die 17 SDGs (Sustainable Development Goals) auf Nordrhein-Westfalen übertragen lassen, war zentraler Bestandteil des Workshops „Neue Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung in NRW“ – ein Thema, das bei den rund 80 Teilnehmenden großen Zuspruch fand. Unter der Moderation von Dr. Tanja Busse gaben die Akteure auf dem Podium zu Beginn des Forums kurze Impulse, die Anregungen für die spätere Diskussion lieferten. Dabei standen vor allem Fragen zu Auswirkungen der Digitalisierung, zu möglichen Handlungsspielräumen des Landes NRW und der Kommunen sowie zu der Verantwortung Deutschlands im globalen Kontext im Fokus.

Impulse

Christoph Bals stellte zunächst die Wichtigkeit einer Veranstaltung wie der NRW-Nachhaltigkeitstagung heraus: „Der Wandel geschieht nicht in einer kleinen Nische“, so der politische Geschäftsführer des Bonner Germanwatch e.V. „Deshalb müssen wir in den Diskurs gehen, der teilweise auch unbequem sein kann.“ Wichtig sei, die großen Herausforderungen wie Umwelt, Artenschutz und Ressourcen anzusprechen, dabei jedoch auch die soziale Seite der Nachhaltigkeit nicht zu vergessen. „Wir brauchen massive Programme für den Klimaschutz“, betonte Bals. André Stinka unterstützte diese Aussage und führte an, dass nachhaltige Entwicklung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. „Eine Frage, die wir uns bei diesem Prozess unter anderem stellen müssen, ist, wie die Politik das Thema Nachhaltigkeit an die Menschen trägt“, meinte das Mitglied der SPD-Fraktion im NRW-Landtag. Die Politik müsse vermitteln, in welcher Form nachhaltiges Handeln den Menschen nützen könne, und dafür auch auf die Straße gehen. Denn durch positive Beispiele etwa zu einer Verbesserung der Lebensqualität oder zur ökologischen Aufwertung von Stadtquartieren werde der Strukturwandel erfahrbar. Prof. Dr. Dirk Messner warf zudem die Frage in den Raum, woher die Motivation für den Wandel kommt und wo dabei die Ängste der Menschen liegen. Er sei der Meinung, dass das Thema „Klimaschutz und Wandel“ vor allem hier und sofort angegangen werden müsse. Eine gegenteilige Position bezog Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, der nach den Eröffnungsreden vom Vormittag spontan in den Workshop eingeladen wurde, um seine Diskussion mit Messner fortzuführen. Der Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung wolle eher auf technische Entwicklungen und Chancen in Afrika setzen, um den weltweiten Wandel voranzutreiben. Außerdem machte er deutlich, dass viele Sorgen der Bevölkerung berechtigt sind. „Die historische Erfahrung zeigt, dass es bei Transformationsprozessen auch sehr viele Verlierer geben wird. Das sollten wir nicht außer Acht lassen“, mahnte Radermacher, bevor er in den Workshop zum Thema „Umweltwirtschaft als Impulsgeber für eine Circular Economy“ wechselte.

Diskussion

Anschließend leitete Moderatorin Dr. Tanja Busse die Diskussion mit dem Publikum ein. Hierbei lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Partizipation“. So wünschten sich viele Teilnehmende, stärker in die Prozesse der nachhaltigen Entwicklung eingebunden zu werden. Auch wenn der Wandel positive Veränderungen mit sich bringe, gäbe es doch viele Ängste vor Veränderungen. Stinka erklärte, dass es genau aus diesem Grund wichtig sei, die Menschen frühzeitig anzusprechen, klar zu informieren



und ihnen so die Angst vor der Zukunft zu nehmen: „Bei solchen Projekten ist eine soziale Flankierung von zentraler Bedeutung. Wir möchten alle Menschen mitnehmen, denn nachhaltige Entwicklung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Für Messner ist die ganze Situation nicht nur eine technologische und ökologische, sondern vor allem eine kulturelle Herausforderung. Er ist der Meinung, dass neben dem breiten Wissen über Klimaveränderungen und neben positiven Beispielen besonders Kreativität und Imagination die größten Stärken der Menschen seien. „Wir können uns vorstellen, dass es besser geht, und dann danach handeln“, so Messner. „Das ist eine große Kraft, die wir nutzen sollten.“

Breite Einbindung

Ein Einwurf aus dem Publikum brachte einen weiteren Denkanstoß in die Diskussion mit ein: „Wir befinden uns momentan in einer Nachhaltigkeitsblase, das Leben findet woanders statt“, behauptete ein Teilnehmer des Workshops. So viele Möglichkeiten zur Einbindung der Menschen blieben ungenutzt – sowohl auf lokaler Ebene als auch in der Breite der Bevölkerung. Eine Abiturientin schaltete sich ein und erklärte, dass zudem viele Schülerinnen und Schüler noch nicht besonders stark für nachhaltiges Handeln sensibilisiert seien. Hier müsse ebenfalls angesetzt werden. Schließlich sei es die junge Generation, die morgen schon die Zukunft gestalte.

Globale Entwicklungen

Ein weiteres großes Thema der Diskussion waren Handlungen in NRW, die globale Veränderungen hervorrufen können. So bezog sich eine Teilnehmerin auf die Agenda 2063, die die politische und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas vorantreiben soll: „Welche Möglichkeiten hat NRW, um dabei mitzuhelfen?“ Prof. Messner sieht in diesem Zusammenhang viele interessante Ansätze, um die Entwicklungschancen Afrikas zu stärken, findet aber zuallererst wichtig: „Das Beste, was wir machen können, um Afrika zu helfen, sind unsere Hausaufgaben in Sachen Klimapolitik.“ Nordrhein-Westfalen könne etwa zeigen, wie sich Klimapolitik und Wirtschaftspolitik verbinden lassen, sodass die Klimaziele eingehalten werden. Ein weiterer großer Hebel ist laut Messner die deutsche Beschaffungspolitik: „20 Prozent des nordrhein-westfälischen



Bruttosozialproduktes werden durch den Staat nachgefragt. Wenn wir schauen, wie sich unsere Art und Weise der öffentlichen Beschaffung auf afrikanische Standorte auswirkt, können wir an dieser Stelle ansetzen und Veränderungen herbeiführen.“ Christoph Bals ergänzte, dass Partnerschaften und internationale Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und Universitäten sowohl Deutschland als auch Afrika zugutekommen würden. Denn vom wechselseitigen Austausch, gemeinsamem Lernen und Forschen sowie von länderübergreifenden Projekten profitierten beide Seiten. Großen Zuspruch aus dem Publikum erntete zudem André Stinka, der mit folgender Aussage wohl einen Nerv traf: „Ein starker Schüleraustausch zwischen Deutschland und Afrika ist wichtig, und zwar zwischen allen Gesellschaftsschichten. Nur so kann die Entwicklung in die Breite gehen.“

Digitalisierung im Fokus

Aufgrund der begrenzten Zeit des Workshops wurden weitere Themen nur kurz angesprochen, etwa die Verknüpfung von Finanzpolitik und Nachhaltigkeit oder das Thema Autonomes Fahren. Auch die Digitalisierung kam zur Sprache. So forderte Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, dazu auf, sich stärker mit den Auswirkungen, Chancen und Risiken der Digitalisierung zu beschäftigen. Denn seiner Meinung nach wird die Digitalisierung die Welt so stark verändern wie zuvor bereits der Buchdruck. Christoph Bals schloss sich dem an und erklärte: „Wir müssen die Digitalisierung gestalten. Es geht nicht, dass wir uns ständig um die Zukunft sorgen und dabei die Zukunft untergraben.“

Fazit

Die zahlreichen Wortbeiträge aus der Diskussion haben nur allzu deutlich gezeigt, wie groß der Handlungs- und Redebedarf mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung in NRW ist. Moderatorin Dr. Tanja Busse fasste zum Ende des Workshops noch einmal die wichtigsten Punkte zusammen: Ein nachhaltiges Handeln wird den Strukturwandel im Land verstärken. Den damit einhergehenden Veränderun-

gen, die auch Sorgen in der Bevölkerung hervorrufen, lasse sich teilweise mit stärkerer Partizipation begegnen. „Je früher man über Bildung und Information eingebunden wird, desto weniger entstehen Ängste“, so Busse. „Im Gegenteil: Verstärkte Beteiligung weckt bei den Menschen das Gefühl, sie könnten selbst den Wandel mitgestalten. Das führt zu einer breiteren Akzeptanz.“ Momentan sei dieser Bereich jedoch noch ausbaufähig. Für eine Transformation ohne Verlierer müssten nun auch diejenigen erreicht werden, die bislang nur wenige Berührungspunkte mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ hätten. Eine lokale Agenda könne hier Abhilfe schaffen. Wichtig sei zudem, ein positives Fundament zu festigen: „Indem wir zeigen, was durch nachhaltiges Handeln bereits heute gut funktioniert, legen wir den Grundstein für die weitere Entwicklung.“ Gemeinsam über die Zukunft nachdenken und Lust auf Gestaltung machen, das sei die große Aufgabe. Darüber hinaus gebe es bei den Themen Finanzpolitik und Digitalisierung weiterhin viele offene Fragen. Die Moderatorin stellte klar: „Es gibt noch einige Hebel, die in Bewegung gesetzt werden müssen.“

„Nachhaltige Entwicklung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

André Stinka MdL, SPD-Fraktion im Landtag NRW



Workshop: Impulse für NRW aus der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes

Impulsvorträge:

Dr. Stefan Bauernfeind, Leiter des Referats für Nachhaltige Entwicklung im Bundeskanzleramt

Olaf Tschimpke, Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung und Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU)

Norwich Rüße MdL, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW und Sprecher für Landwirtschaft, Naturschutz und Tierschutz

Moderation:

Prof. Dr. Manfred Fishedick, Vizepräsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH

Einleitung

Die 2016 beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie des Landes NRW wird bis Anfang 2019 weiterentwickelt. Wie müssen die bisherigen Ansätze ausgebaut werden, damit eine tragfähige und praxisrelevante Strategie entsteht? Diese Frage rückte Prof. Dr. Manfred Fishedick in den Fokus des Themenforums „Impulse für NRW aus der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes“. Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie unterstützt die Landesregierung bei der Fortentwicklung des Nachhaltigkeitsthemas. In seiner Einleitung stellte Prof. Fishedick unter anderem die vertikale Integration mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in den Vordergrund der Überlegungen. Wie können die Erfahrungen des Bundes bei der Fortentwicklung der Strategie genutzt werden, welche Elemente können vom Bund übernommen werden? Welche Umsetzungsinstrumente lassen sich übertragen? Und wo können Indikatoren und Zielsysteme zwischen Bund und Land besser abgestimmt werden? Mit diesen Gedanken befassten sich im Folgenden die

Impulsvorträge von Dr. Stefan Bauernfeind, Olaf Tschimpke und Norwich Rübe.

Impulse

Auf die Ausgestaltung und Bedeutung der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes ging zunächst Dr. Stefan Bauernfeind ein. „Seit ihrem erstmaligen Beschluss 2002 weist diese eine große Kontinuität auf. Nachhaltigkeit ist ein zentrales, mittlerweile breit etabliertes Thema der Bundespolitik und als solches direkt im Bundeskanzleramt angesiedelt“, betonte er.

Nachhaltigkeitsmanagementsystem als Herzstück

Im Zentrum der Anfang 2017 neu gefassten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stehen die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs). Neben Maßnahmen mit Wirkung innerhalb des Landes gehe es laut Bauernfeind in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auch um Maßnahmen, mit denen Deutschland zum Erreichen der SDGs auf globaler Ebene in Kooperationen mit anderen Staaten beitragen kann. Ein zentraler Bestandteil der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sei das Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit, mit dem unter anderem konkrete Schritte in den Liegenschaften des Bundes oder bei der öffentlichen Beschaffung umgesetzt werden.

Auf Bundesebene ist in der Nachhaltigkeitsstrategie jedem SDG mindestens ein nationales Ziel zugewiesen. An diese Ziele sind Indikatoren gebunden, die es erlauben, den Erfolg der Zielerreichung zu messen. Insgesamt gebe es 63 Schlüsselindikatoren. Ein regelmäßiges und transparentes Monitoring durch das Statistische Bundesamt dokumentieren Erfolge und Misserfolge bei der Zielerreichung. Um die Ergebnisse plakativ darzustellen kennzeichneten Wettersymbole, ob auf der Basis der bisher beschlossenen Maßnahmen davon auszugehen ist, dass ein Ziel bei Fortsetzung aktueller Entwicklungen in 2030 erreicht werde.

Ausbalanciertes Institutionensystem

Institutionell diene nach Dr. Bauernfeind der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung unter der Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes als zentrale Schaltstelle der Nachhaltigkeitsstrategie. Er achtet darauf, dass die Strategie als roter Faden in allen Politikbereichen angewandt wird. Darüber hinaus begleitet ein Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung im Bundestag die Nachhaltigkeitsstrategie. Der Beirat prüft u.a. die Folgenabschätzung von Gesetzen in puncto Nachhaltigkeit – eine Maßnahme, die maßgeblich dazu beiträgt, Nachhaltigkeitsdenken in der Breite des politischen Handelns zu verankern. Als dritte Einrichtung berät der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) seit mittlerweile 16 Jahren die Bundesregierung in allen Fragen der Nachhaltigkeit. Er sei fachlich unabhängig und veröffentliche Stellungnahmen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Strategie.





Politikkohärenz stärken und Stakeholder einbinden

Vor diesem politischen und institutionellen Hintergrund führte Dr. Bauernfeind aus, dass die erfolgreiche Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie seiner Meinung nach vor zwei Herausforderungen stehe: „Zum einen muss die Politikkohärenz gestärkt werden. Dazu sollen in Zukunft in allen Ministerien Ressortkoordinatoren implementiert werden. Zum anderen muss die Zivilgesellschaft noch stärker als bisher eingebunden werden, um den Nachhaltigkeitsgedanken auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu verankern.“

Ziele der Länder sind unterschiedlich gewichtet

Als Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung blickte Olaf Tschimpke anschließend auf die Aktivitäten auf Landesebene. Er verwies auf die Verpflichtung der Länder, ihrerseits Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, kontinuierlich fortzuschreiben und den dort formulierten Zielen nachzukommen. Im Zuge dessen betonte er ebenfalls die Notwendigkeit von Kohärenz: „Die Bundesstrategie soll sich in die internationale Strategie einfügen, die Landesstrategien müssen mit der Gesamtstrategie des Bundes übereinstimmen.“ Doch wie lässt sich Kohärenz erreichen? Olaf Tschimpke, auch Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), führte in diesem Zusammenhang aus, dass in jedem Bundesland alle 17 SDGs mit unterschiedliche Rahmenbedingungen vorlägen, die sich in unterschiedlichen Handlungsschwerpunkten bei der Umsetzung der 17 SDGs widerspiegeln müssten. Insofern ginge es auch nicht darum, die Bundesstrategie 1:1 zu kopieren. Ein gewisser Wettbewerb zwischen den Bundesländern könne positive Anreize schaffen: Am Ende des Prozesses müsse die Frage stehen, welches Land die besten Ideen zur Umsetzung hatte. So stünde in NRW unter anderem die Bildung für nachhaltige Entwicklung auf der Agenda. Ein Landesthema mit großer globaler Relevanz sei zudem die Landwirtschaft. Hier müsse das Land die Komfortzone verlassen und sich

auch unbequeme Fragen stellen, so zum Beispiel beim Stichwort Massentierhaltung. Das schließe die Produzentenseite ebenso ein wie die Konsumentenseite ein.

Gegensätzliche Ziele müssen in Einklang miteinander gebracht werden

Eine zusätzliche Herausforderung sah Olaf Tschimpke in sich widersprechenden Zielen. So sei technischer Fortschritt, wie beispielsweise die Digitalisierung, gleichzeitig auch mit Risiken verbunden, gehe die Digitalisierung häufig mit höherem Ressourcen- und Energiebedarf einher, zudem geben es Fragen der Datensicherheit und des Datenschutzes. Durch innovatives Denken und Vorsorgeaktivitäten könnten gegensätzliche Ziele miteinander in Einklang gebracht werden. Zudem forderte Tschimpke einen stärkeren „politischen Spirit“ in puncto Relevanz des Nachhaltigkeitsgedankens in Deutschland. Da sei eine andere Länder, z.B. im globalen Süden, weiter. Abschließend betonte Olaf Tschimpke, dass der Rat für Nachhaltige Entwicklung diesen Prozess gerne weiter begleiten und unterstützen möchte.

Änderungen im Konsumverhalten sind unabdingbar

Auf die Rolle der Politik ging MdL Norwich Rübke im dritten Impulsvortrag ein. Seiner Ansicht nach hätten Politiker häufig Angst, unbequeme Entscheidungen zu treffen, die letztlich auch Einschnitte für Verbraucherinnen und Verbraucher und somit auch für die Wählerschaft zur Folge hätten. „Ich bin davon überzeugt, dass wir alle unser Konsumverhalten verändern müssen. Andernfalls ist eine Nachhaltigkeitsstrategie nicht umsetzbar“, folgerte er. Die bisherigen politischen Entwicklungen bewertete Norwich Rübke zwar als grundsätzlich positiv. Am Beispiel der Düngeverordnung des Landes NRW dokumentierte der aktive Landwirt aber auch seine Befürchtungen: Diese fordere zwar einen geringeren Nitratreintrag ins Wasser

und sei ein gewisser Fortschritt, ginge aber seiner Meinung nach nicht weit genug, um Böden und Wasser wirklich wirksam zu schützen.

Landesregierung muss ambitionierter handeln

Rübe fehlt zudem in der bisherigen Nachhaltigkeitsstrategie eine dezidierte Betrachtung des Themas Insektensterben. Das sei im Punkt Erhalt der Artenvielfalt bisher nicht ausreichend behandelt. Aus seiner Sicht gebe es auch beim Ausbaue der Erneuerbaren Energien noch Spielräume, auch sei ein verbindliches Szenario für den Kohleausstieg notwendig. Darüber hinaus sieht Rübe auch noch keine hinreichende Bewegung beim Thema Verringerung des Flächenverbrauchs. Zudem müsse die Ökologisierung der Landwirtschaft in NRW konsequenter vorangetrieben werden. In diesen Punkten solle die Landesregierung mehr Ambitionen zur Entwicklung einer eigenständigen Strategie zeigen und nicht nur die Ziele des Bundes kopieren.

Fazit

Der Workshop hat gezeigt, dass eine stärkere vertikale Integration notwendig ist und eine Anlehnung an erfolgreiche Formate sowie Indikatoren und Zielvorgaben des Bundes sinnvoll erscheint. Es ist aber auch deutlich herausgestellt worden, dass ein bloßes Übertragen der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes auf die Länderebene nicht hinreichend ist. Jedes Land steht vor unterschiedlichen Herausforderungen und muss für sich vor diesem Hintergrund unterschiedliche Zielschwerpunkte setzen. Verstärkte vertikale Integration und Eigenständigkeit in der Schwerpunktsetzung bei den Länderstrategien sind dabei keine Gegensätze. Nachhaltigkeitsstrategien müssen auf allen Ebenen zudem stärker Akzente beim Thema Lebensstilwandel setzen und hierfür einen Rahmen setzen sowie zur Motivation der Konsumenten beitragen. Die Notwendigkeit der politischen Ausgestaltung des Nachhaltigkeitsgedankens wird bisher noch nicht konsequent genug umgesetzt. Die Nachhaltigkeitsstrategie muss mehr Verbindlichkeit erhalten.

„Für eine erfolgreiche Gestaltung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine stärkere Kohärenz zwischen der Bundes- und Länderebene unabdingbar. Nur ‚Copy and Paste‘ reicht hier allerdings nicht aus.“

Prof. Dr. Manfred Fischeschick



Workshop: Ziele und Indikatoren für nachhaltige Entwicklung

Impulse:

Frank Hönerbach, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Referat G I 1, „Nachhaltigkeitspolitische Strategie- und Grundsatzfragen, übergreifende Angelegenheiten der Umwelt-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik“, Vorsitzender des Interministeriellen Arbeitskreises Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung

Dr. Wolfgang Seifert, Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Leiter des Referates 542 Sondererhebungen und Analysen

Moderation:

Henrik Riedel, Bertelsmann Stiftung, Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“

Einleitung

Im gesellschaftspolitischen Diskurs um die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen werden auf Bundes- und Landesebene und immer mehr auch auf der kommunalen Ebene Nachhaltigkeitsziele (neu) formuliert und Indikatoren zur Zielmessung gesammelt. Inwieweit aber schaffen nationale, regionale und kommunale Nachhaltigkeitsstrategien den Anschluss an die globalen Nachhaltigkeitsziele? Welche Ziele und welche Indikatoren erhöhen die Wirkungsorientierung einer Nachhaltigkeitsstrategie? Wo liegen die Möglichkeiten und wo die Grenzen der vertikalen Integration? Diese Fragen diskutierten die rund 30 Teilnehmer im Forum „Ziele und Indikatoren für nachhaltige Entwicklung“.

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie neu aufgelegt

„Die Agenda 2030 stellt uns vor die Herausforderung, Nachhaltigkeitspolitik globaler zu denken“, kommentierte Frank Hönerbach, Vorsitzender des Interministeriellen Arbeitskreises Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesre-

gierung, die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Es gehe nicht mehr nur um Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland, sondern auch um globale Wechsel- und Wertschöpfungsbeziehungen: „Wie produzieren wir in anderen Ländern und beeinflussen dort die Entwicklung zur Nachhaltigkeit? Und wie können wir – etwa durch Entwicklungszusammenarbeit oder Know-how-Transfer – die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern voranbringen?“ formulierte Hönerbach zentrale Fragen, die im Blickpunkt der neuen und zukünftigen deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stehen.

Datenerhebung und Bewertungsverfahren

Als Referent im Bundesumweltministerium begleitet Hönerbach die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie seit mehr als 13 Jahren. Die Erstaufgabe erfolgte 2002 noch im Zuge des Rio-Prozesses. Seitdem werden formulierte Ziele und Indikatoren auf Basis etablierter Datenerhebungen durch das Statistische Bundesamt kontinuierlich überarbeitet. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sieht zurzeit 63 Indikatoren zu 38 Bereichen vor. Jedes SDG ist mit mindestens einem nationalen Ziel hinterlegt. Dazu gehören auch für Deutschland neue Bereiche wie Armut. „Einmalig ist, dass wir die Entwicklung zur Nachhaltigkeit auch bewerten,“ betonte Hönerbach. Wettersymbole – Sonne, heiter bis wolbig, bewölkt und Gewitter – zeigen an, ob die Zielrichtung noch stimmt oder korrigiert werden muss.

Globale Nachhaltigkeitsziele und lokale Handlungsebenen

„Anders als im Bundesbericht nehmen wir keine Bewertungen hinsichtlich der Zielerreichung vor, sondern stellen die Entwicklungen neutral dar.“ Dr. Wolfgang Seifert von IT.NRW richtete in seinem Impulsvortrag den Fokus auf die Unterschiede zwischen der Nachhaltigkeitsstrategie von Bund und Land. Nordrhein-Westfalen hat den globalen SDGs 19 konkrete Handlungsfelder und 60 Indikatoren zugeordnet, die wichtigsten werden kontinuierlich aktualisiert. Unter anderem mit Blick auf einen Beitrag zur Umsetzung der SDGs will das Land bis 2019 seine Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten und dabei insbesondere das Ineinandergreifen mit der neuen deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verbessern.

Handlungsrelevante Indikatoren

Am Ende dieses Prozesses wird IT.NRW einen neuen Indikatorenbericht vorlegen. Dr. Seifert betonte, dass NRW weiterhin teilweise andere Indikatoren als der Bund nutzen werde, da die Daten des Bundes nicht automatisch auf Landesebene vorlägen. Ein Beispiel: die Messung der Luftreinhaltung als Indikator für SDG 3 (ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern). Hier misst der Bund die Emissionen von Luftschadstoffen. Vergleichbare Ergebnisse für die Bundesländer seien nicht verfügbar. Die Anzahl der Messstationen auf Landesebene sei teilweise zu gering. Nordrhein-Westfalen dagegen messe die Feinstaub- und



Stickstoffdioxidkonzentration in den Städten des Landes. Indikatoren, so Seifert weiter, wichen auch dann vom Bundesbericht ab, wenn diese auf Landesebene keine oder untergeordnete Bedeutung hätten oder für die Landesebene zusätzlich handlungsrelevante Indikatoren erforderlich seien. „Nicht alle Handlungsfelder des Bundes sind automatisch auch Handlungsfelder des Landes“, betonte Dr. Seifert: „Nachhaltigkeit ist eine globale Aufgabe, aber die Handlungsebenen sind lokal. Ziele müssen entsprechend adaptiert werden.“ Das gelte insbesondere für Ziele wie SDG 1 (Armut in jeder Form bekämpfen und überall). Während der Bund – wie auch die EU – die materielle Deprivation direkt misst, erfolgt die Armutsmessung in NRW indirekt über die Einkommensverteilung. Dabei wird die jeweilige Einkommensposition in Relation zur gesamtgesellschaftlichen Einkommensverteilung betrachtet. „Während der Deprivationsindex von Bund und EU insgesamt sinkt, zeigt sich beim Armutsrisiko eine steigende Tendenz“, machte Dr. Seifert deutlich. Frank Hönerbach stellte klar, dass der Bund ab 2020 die unterschiedlichen Erhebungen abgleichen und die Datenqualität verbessern werde.

SDGs auf kommunaler Ebene

„Neben Bund und Land sind vor allem die Kommunen wichtige Akteure bei der Transformation zur nachhaltigen Entwicklung. Die Städte, Kreise und Gemeinden übernehmen auch eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien auf nationaler und regionaler Ebene“, führte Moderator Henrik Riedel aus. Die Bertelsmann Stiftung führt das Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ durch. Im Rahmen dieses Projektes wurden – in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Deutschen Institut für Urbanistik, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global – geeignete Indikatoren zur Abbildung der SDGs auf kommunaler Ebene in Deutschland zusammengetragen. Die flächendeckend gut verfügbaren Indikatoren werden in Kürze auf der Plattform www.wegweiser-kommune.de der Bertelsmann Stiftung bereitgestellt.

Diskussion

„Die Indikatoren sind hilfreich für Nachhaltigkeitsprozesse vor Ort – aber wo sind die Ziele geblieben?“ Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH brachte das Hauptanliegen vieler Teilnehmer im Forum auf den Punkt: eine verbindliche Formulierung der Nachhaltigkeitsziele im gesamtpolitischen Diskurs. Ob nachhaltige Finanzen oder Ressourceneffizienz – Nachhaltigkeit stehe zu wenig im Zentrum des politischen Interesses, so der Tenor in der anschließenden Diskussion. Dem kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement seien zudem durch eine unzureichende Datenverfügbarkeit und vor allem durch enge Personaldecken Grenzen gesetzt. „Insofern ist die vertikale Integration von der UN auf die lokale Ebene sehr schwierig“, meinte Moritz Schmidt von der LAG 21. Viele Teilnehmer wünschten sich mehr Einheitlichkeit der Indikatorensets auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, mehr gesetzliche Durchsetzungskraft für formulierte Nachhaltigkeitsziele und Sanktionsmöglichkeiten bei klarer Verfehlung der Zielvorgaben. Frank Hönerbach betonte, dass die gewünschte Verbindlichkeit vielfach schon durch EU-Vorgaben und Gesetze gegeben sei. Schwieriger sei es, normative Zielwerte im sozialen oder Gesundheitsbereich zu setzen. „Nachhaltigkeit ist da auch knallharte Gesellschaftspolitik“, formulierte er zwei beispielhafte Fragen: „Was ist Kinderarmut? Wo fängt sie an, wo hört sie auf? Oder wie viele Krebstote durch Emissionen sind vielleicht gerade noch akzeptabel?“

Fazit

„Die Indikatorendiskussion ist auch eine verschobene Zieldiskussion. Insofern können Indikatoren Hilfsmittel für neue Zieldebatten sein“, resümierte Frank Hönerbach die Diskussion. Ein einheitliches Indikatorenset für den Bund und die Länder wird es auch in Zukunft nicht geben, aber zentrale Kernindikatoren sollen für Bund und Land vergleichend dargestellt werden. Dr. Wolfgang Seifert verwies abschließend auf die Bedeutung der Datenerhebung beispielsweise zur Ermittlung von Armut: „Daten werden erhoben um politische Handlungsfelder mit Zahlen, Daten und Fakten zu untermauern und auf Probleme hinzuweisen.“

„Nachhaltigkeit ist auch knallharte Gesellschaftspolitik.“ Frank Hönerbach

„Indikatoren können Hilfsmittel für neue Zieldebatten sein.“ Frank Hönerbach

„Nachhaltigkeit ist eine globale Aufgabe, aber die Handlungsebenen sind lokal. Ziele müssen entsprechend adaptiert werden.“ Dr. Wolfgang Seifert



Workshop: Land und Kommunen gemeinsam für nachhaltige Entwicklung

Impulse:

Thomas Kubendorff, Landrat a.D., Kommunaler Nachhaltigkeitsbotschafter der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW im Projekt „Gemeinsam für Nachhaltigkeit“

Rudi Bertram, Bürgermeister der Stadt Eschweiler, Mitglied im Chefdialog Nachhaltigkeit NRW

Prof. Dr. Estelle Herlyn, Professorin für Allg. BWL, insbesondere Beschaffung und Nachhaltigkeit an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management

Bianca Winkelmann MdL, Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag NRW im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Moderation:

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW

Einleitung

Die Kommunen sind für das Land entscheidende Bündnispartner bei der Umsetzung der nordrhein-westfälischen Nachhaltigkeitsstrategie. Kaum eine Zielsetzung des Landes ist ohne eine aktive Begleitung der lokalen Ebene denkbar. Zahlreiche Kommunen haben mittlerweile strategische Ansätze entwickelt, wie sie ämterübergreifend und in Kooperation mit der Zivilgesellschaft Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Landesnachhaltigkeitsstrategie leisten können. Der Workshop zeigte anhand der beiden Projektbeispiele „Global Nachhaltige Kommune NRW“ und „Gemeinsam für Nachhaltigkeit“ auf, wie Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene implementiert werden können und welchen Faktoren hierbei eine Schlüsselrolle zukomme. Ferner ging es um die Frage, wie Bund, Land und Kommunen ihre Nachhaltigkeitsziele und Anreizsysteme stärker aufeinander abstimmen können.

Nachhaltigkeit zur Chefsache machen

Zum Einstieg erläuterte Thomas Kubendorff Erfolgsfaktoren für die nachhaltige Entwicklung einer Kommune. Der ehemalige Landrat des Kreises Steinfurt zählt zu den Vorreitern einer nachhaltigen Entwicklung in ländlichen Regionen und ist Botschafter des Projekts „Gemeinsam für Nachhaltigkeit“, das einen Beitrag zur Vernetzung regionaler und kommunaler Akteure leisten sowie neue Allianzen in Nordrhein-Westfalen schmieden möchte. Das Projekt umfasst bis Ende 2018 eine Nachhaltigkeitstour durch 16 Kommunen in Nordrhein-Westfalen, bei der kommunal- und regionalspezifische Handlungsfelder in den Kontext der Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie gesetzt werden.

Kubendorff benannte sieben Erfolgsfaktoren für die Arbeit in den Kommunen:

1. Wille zur nachhaltigen Entwicklung

Der Wille zur nachhaltigen Entwicklung fange Kubendorff zufolge beim Hauptverwaltungsbeamten an, der Nachhaltigkeit zur Chefsache erklären und alles daran setzen müsse, die eigenen Mitarbeitenden vom dringenden Handlungsbedarf zu überzeugen. Darüber hinaus brauche es politische Mehrheiten für die notwendigen Beschlüsse und einen gesamtgesellschaftlichen Prozess zur Mitnahme sämtlicher kommunaler Institutionen sowie der Bürgerinnen und Bürger.

2. Leitbildentwicklung

Die Grundlage für die gemeinsame Arbeit müsse ein Leitbild sein, das als Vision über dem Prozess steht und zur Konsensbildung bei widersprüchlichen Meinungen und Zielkonflikten diene.

3. Strategie zur nachhaltigen Entwicklung erarbeiten

Damit das Leitbild umgesetzt werden kann, müsse eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung erarbeitet werden, hinter der die politischen Gremien und die Zivilgesellschaft stehen sollten.

4. Projekte entwickeln

Nach diesen Vorarbeiten gehe es an die Entwicklung konkreter Vorhaben – dazu zählten interne Projekte, bei denen die Verwaltung mit gutem Beispiel vorangeht, ebenso wie externe Projekte in Zusammenarbeit mit Vereinen, Kirchen, der Wirtschaft und weiteren Akteuren, die den Prozess in die Breite tragen.

5. Projekte umsetzen

Bei der anschließenden Umsetzung der Projekte sollte nach Ansicht Kubendorffs besonders auf eine Verstärkung geachtet werden, um dauerhafte Verbesserungen zu erzielen.

6. Stabile sowie langfristig angelegte Strukturen und Netzwerke aufbauen

Die Implementierung grundlegender Strukturen und Netzwerke hilft bei der Schaffung dauerhafter Modelle.

7. Auszeichnungen, Preise und Wettbewerbe gewinnen

Auch Auszeichnungen, Preise und Wettbewerbe sieht der ehemalige Landrat als hilfreich an – für die Motivation nach innen und zur leichteren Akquirierung von Fördermitteln.

Die Menschen überzeugen und mitnehmen

Mitten in einem solchen Prozess der nachhaltigen Entwicklung befindet sich die Stadt Eschweiler. Die Kommune im westlichen Rheinland hat mit „Eschweiler 2030“ schon 2009 ein Projekt gestartet, um sich auf das absehbare Ende des Braunkohletagebaus in der Stadt im Jahr 2030 und den damit verbundenen Strukturwandel vorzubereiten. Seit Ende 2015 ist Eschweiler mit weiteren 14 Städten, Gemeinden und Landkreisen am Modellprojekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“ beteiligt. Ziel ist es, den begonnenen Nachhaltigkeits-Prozess fortzuführen, die geschaffenen verwaltungsinternen, ämterübergreifenden Arbeitsstrukturen zu festigen und in noch stärkerem Maße globale Verantwortung zu übernehmen. Aktuell entwickeln die Beteiligten in Workshops eine lokale Nachhaltigkeitsstrategie im Kontext der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die in Kürze beschlossen werden soll. Bürgermeister Bertram hob verschiedene Faktoren hervor, die aus seiner Sicht entscheidend für die Umsetzung sind. Dazu gehört unter anderem eine nachhaltige Finanzpolitik, um langfristige Konzepte zu verankern und Akzeptanz in der Bevölkerung zu erlangen. Wichtig sei es zudem, ein vernünftiges nachhaltiges Flächenmanagement zu betreiben. „Wir haben tolle Ideen, aber durch Privatisierungen von frei werdenden öffentlichen Flächen (z.B. der Bundeswehr) oft keinen Zugriff auf entsprechende Grundstücke“, so Bertram. Daher sei die in Nordrhein-Westfalen gestartete Rekommunalisierung zu



begrüßen. Grundsätzlich läuft der Prozess in Eschweiler positiv, wie der Bürgermeister betont. „Die Menschen haben ein Gefühl dafür entwickelt, dass das Ganze wichtig ist. Dadurch haben wir gute Aussichten auf eine erfolgreiche Umsetzung. Ich kann nur sagen: Es ist ein steiniger Weg, aber machen Sie es!“

Kommunal und global denken

Prof. Dr. Estelle Herlyn widmete sich in ihrem Vortrag der Frage, wie Kommunen die Vermeidung, Reduktion und Kompensation von CO₂ im Sinne der Agenda 2030 vorantreiben können. Die Betriebswirtin machte deutlich, dass sich das Weltklima nicht alleine in Deutschland retten lasse, das nur für zwei Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sei. Selbst bei erfolgreicher Umsetzung aller politischen Maßnahmen sei das in Paris beschlossene 2-Grad-Ziel aus ihrer Sicht nicht zu erreichen. Prof. Herlyn empfiehlt Kommunen daher, zum Erzielen der Klimaneutralität neben den Maßnahmen vor Ort auch auf globale CO₂-Kompensationsprojekte zu setzen. Sie glaube, dass diese oft einen besseren Effekt hätten und zu schnelleren Erfolgen führten. Als Beispiel führte Frau Herlyn unter anderem die Erzeugung von Negativemissionen durch die Renaturierung degradierter Böden in Afrika an. Prof. Herlyn appellierte zugleich an die Kommunen, in Sachen Klimaschutz noch aktiver zu werden. „Warum passiert nicht noch mehr? Wir brauchen ambitioniertere Ziele. Eine bilanzielle Klimaneutralität ist viel schneller zu haben.“ Sie betonte dabei, dass globale Projekte auch den klassischen Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung aufheben, indem sie Armut sowie Fluchtursachen bekämpfen und Wachstum schaffen.

Eine starke Wirtschaft als Basis

Bianca Winkelmann, Sprecherin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz der CDU-Landtagsfraktion, brachte u.a. ihre Erfahrungen als Ratsmitglied in der nordostwestfälischen Kommune Rahden in die Diskussion ein. Die Politikerin machte deutlich, dass die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung nicht ohne eine funktionierende Wirtschaft erfüllt werden könnten. Das Land wolle dazu passende Rahmenbedingungen schaffen, etwa durch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entfesselung mit weniger Bürokratie und Vereinfachungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes. „Politische Entscheidungen müssen sich stärker an der Lebensrealität orientieren“, so Winkelmann. „Es muss uns gelingen, auf gesamtgesellschaftlicher und politischer Ebene einen Weg zu finden, der von breiter Unterstützung getragen wird.“ Nur so sei es möglich, nachhaltige Lösungen zu entwickeln, die länger als eine Legislaturperiode dauern.



Diskussion

In der anschließenden Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, wie die Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit in den Kommunen weiter verbessert werden können. Ein Vertreter des Verbands für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV) unterstützte die von Bürgermeister Bertram zuvor geäußerte Forderung nach einem nachhaltigen Flächenmanagement – ein Ansatz, den auch Landrat Kubendorff für wichtig erachtet. Bianca Winkelmann machte deutlich, dass das Land in diesem Bereich bereits 1,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellt.

An Frau Prof. Herlyn richtete Moderator Dr. Klaus Reuter die Frage, ob eine Konzentration auf die Förderung von Klimaschutzprojekten im Ausland nicht das Engagement in den Kommunen untergrabe. Frau Herlyn betonte, dass es sich bei Vorhaben im Ausland immer um additive Maßnahmen handle. „Die Hausaufgaben zu Hause müssen trotzdem gemacht werden.“ In diesem Zusammenhang sprach sie sich dafür aus, dass die Kommunen auch Privatleute zu einer klimaneutraleren Gestaltung ihres Alltags ermuntern.

Auf die Frage des Moderators nach Wünschen für die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes regte Bianca Winkelmann eine Verknüpfung mit der bundesweiten Nachhaltigkeitsstrategie an. Nachhaltigkeit höre nicht an Landesgrenzen auf. Frau Prof. Herlyn forderte eine noch stärkere Beschäftigung mit der Frage, was wir aus NRW für die Welt tun können. Thomas Kubendorff empfiehlt, nachhaltiges Handeln für Kommunen zur Pflichtaufgabe zu machen und dazu aus EU-Mitteln Nachhaltigkeitsmanager für jede Kommune zu ermöglichen. Bürgermeister Bertram betonte das Erfordernis einer intelligenten und offensiven Kommunikationsstrategie, um Bürgerinnen und Bürger noch stärker für das Thema zu sensibilisieren.



Fazit

Die Diskussion machte deutlich, dass das Thema Nachhaltigkeit schon jetzt von großer Bedeutung für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist. Um diese Entwicklung zu verstetigen, bedarf es nach Ansicht der Akteure eines langfristigen Einsatzes für den Klimaschutz und andere Nachhaltigkeitsthemen, auch wenn die Förderdauer bei einzelnen Projekten naturgemäß begrenzt ist. Ein fairer Dialog nach innen und außen und ein hohes Maß an Beständigkeit sind zentrale Voraussetzungen für den Erfolg von nachhaltiger Arbeit in den Kommunen.

„Nachhaltiges Handeln in den Kommune muss zur Pflichtaufgabe werden.“

Landrat a.D. Thomas Kubendorff



Workshop: Umweltwirtschaft als Impulsgeber für eine Circular Economy

Impulse:

Prof. Dr. Martin Faulstich, TU Clausthal

Dipl.-Ing. Klaus Meyer, Geschäftsführer des Netzwerks Energie Impuls OWL e.V. und Vorsitzender des VDI Landesverbandes NRW

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Rademacher, Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, Ulm

Dietmar Brockes MdL, FDP-Fraktion im Landtag

Moderation:

Dr. Peter Markus, Referatsleiter, Referat Umweltwirtschaft, EFRE, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Das Wirtschaftsmodell der Circular Economy basiert auf der Idee einer Kreislaufführung von Rohstoffen und Produkten, welche so möglichst lange auf einem hohen Nutzungsniveau gehalten werden sollen und schließlich am Ende ihres Lebenszyklus wieder in den Produktionsprozess zurückgeführt werden können. Noch steckt die Umsetzung einer solchen Kreislaufführung von Produkten und Ressourcen in den Kinderschuhen, dennoch ist gerade NRW ein besonderer Innovator in dem Feld. „Wir sind stolz darauf, sagen zu können, dass Nordrhein-Westfalen das Umweltwirtschaftsland Nummer Eins in Deutschland ist“, betonte der Moderator Dr. Peter Markus bei der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums. Dem NRW-Umweltwirtschaftsbericht 2017 zufolge zählt Nordrhein-Westfalen zu den innovativen Vorreitern in Bezug auf zirkuläre Wertschöpfungssysteme. Die Verzahnung von Produktdesign, Produktion, Recycling und Konsum reduziert dabei die Gefahren der zunehmenden Rohstoffknappheit und den damit einhergehenden Preisschwankungen. „Doch welche Herausfor-



derungen bringt eine Circular Economy mit sich? Und welche Elemente können wir in einem innovationsstarken Land wie Nordrhein-Westfalen umsetzen, um die nachhaltige Entwicklung weiter voranzubringen?“ Mit diesen Fragen eröffnete Peter Markus das Forum und übergab das Wort an Prof. Dr. Martin Faulstich.

Probleme und Herausforderungen

Prof. Dr. Martin Faulstich von der TU Clausthal zeigte zu Beginn seines Impulsvortrages die Probleme der derzeitigen Linearwirtschaft auf. Der wachsenden Bevölkerung und dem stetig zunehmenden Bruttoinlandsprodukt stellte er die steigenden Entnahmen von Mineralien und Metallen, den immer größer werdenden Verbrauch fossiler Rohstoffe sowie die vermehrte CO₂-Konzentration in der Atmosphäre gegenüber: „Bereits seit langer Zeit ist eine Entkopplung dieser Faktoren das Ziel. Doch nach fast 50 Jahren Umweltschutz und 30 Jahren Nachhaltigkeit müssen wir heute feststellen, dass uns das noch nicht gelungen ist.“ Die folgenden fünf Herausforderungen seien dabei zentral, wenn es um die Notwendigkeit einer Circular Economy ginge:

1. Das ständige Streben nach Wachstum, das sich nicht mit unserer planetar begrenzten Welt vereinbaren lässt.
2. Die Reduktion unseres Energieverbrauchs, der besonders in Hinblick auf den Klimawandel eine Rolle spielt und die Verwendung sekundärer Recycling-Rohstoffe unverzichtbar macht.
3. Die Annahme, dass 80 Prozent der Bevölkerung bis zum Jahr 2050 im urbanen Raum leben werden.
4. Die Tatsache, dass mittlerweile 80 Elemente des Periodensystems industriell genutzt werden und die weltweiten Recyclingraten (abgesehen von Metallen wie Stahl, Kupfer und Nickel) bei lediglich unter einem Prozent liegen.
5. Der Rebound-Effekt, der sämtliche Effizienzfort-

schritte zunichtemacht, da alle Rohstoffeinsparungen durch Mehrverbrauch kompensiert werden.

Chancen der Rohstoffwende

Im Anschluss stellte Prof. Faulstich einige Lösungsansätze vor. „Der Unterschied zwischen der aktuell praktizierten Kreislaufwirtschaft und einer Circular Economy bestehe darin, dass erstere sich im Wesentlichen auf Papier, Kunststoff und Glas konzentriert“, erklärte der Ingenieur. „Bei einer Circular Economy hingegen müssen sämtliche Elemente und Stoffe, die in Smartphones, Laptops und Autos verbaut sind, wieder nutzbar gemacht werden und das beginnt bereits am Anfang der Wertschöpfungskette und nicht erst an der Abfalltonne.“ Neben der aktuellen Konzentration auf Kunststoffrecycling müsse daher künftig auch ein starker Fokus auf endliche Metalle und Phosphor gelegt werden. Ein Produkt müsse zudem anhand seiner Recyclingfähigkeit bewertet werden, um so eine bessere Wiederverwertbarkeit am Ende seines Lebens- bzw. Nutzungszyklus sicherzustellen. Eine Herausforderung sei auch die Globalisierung der Ressourcen- und Produktflüsse. Denn obwohl es bereits internationale Wertschöpfungsketten gebe, schaffen die Abfälle einst exportierter Güter es häufig nicht mehr über die Grenzen zurück in den Produktionskreislauf – weshalb man langfristig zu einer globalen Recycling- und Ressourcenwirtschaft kommen müsse. „Derzeit leben wir noch in einer fossilen Industriegesellschaft“, fasste Prof. Faulstich abschließend zusammen. „Doch wenn wir die Entkopplung des Wirtschaftswachstums von unserer planetar begrenzten Welt hinbekommen wollen, müssen wir auf eine Energie- und Rohstoffwende setzen.“

Voneinander lernen

Wie wichtig eine gut funktionierende Vernetzung für die Circular Economy ist, verdeutlichte Dipl.-Ing. Klaus Meyer anhand der Region Ostwestfalen-Lippe. Der Geschäftsführer des Netzwerks Energie Impuls OWL e.V. ging in seinem Vortrag primär der Frage nach, inwiefern sich Unternehmen am besten vernetzen, Wissen teilen und voneinander profitieren können, um eine Circular Economy umzusetzen. Die Idee, Rohstoffe und Produkte künftig in einem

Kreislauf zu führen, habe die Unternehmen in der produktionsstarken Region OWL von Anfang an begeistert. Dies sei eine sehr aktuelle Herausforderung für die Region, da man sich immer mehr der Problematik von nicht recyclingfähigen Verbundstoffen und Materialien wie Mikrobauteilen und Chips gegenüber sehe, die das bisherige Recycling vor Probleme stelle. „Die große Herausforderung ist, schon heute die nächsten Produktgenerationen mitzudenken“, betonte Meyer, der auch NRW-Vorsitzender des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) ist. „Zudem muss das jeweilige Geschäftsmodell dahinter stimmen, damit die Unternehmen auch Spaß an der Umsetzung haben.“ In erster Linie fehle es dabei an Richtlinien und Standards, auf die sich die umsetzenden Ingenieure berufen können. Daher arbeite der VDI nun daran, eben solche Instrumente zur Erhöhung der Recyclierfähigkeit zu entwickeln. Das Ziel: eine Wirtschaft ohne Schrott und Abfall.

Der richtige Anreiz

Der Landtagsabgeordnete Dietmar Brockes (FDP) lobte insbesondere den Ansatz der Re-Industrialisierung von Prof. Faulstich, da diese besonders große Chancen für Nordrhein-Westfalen berge. „Wichtig ist, dass es in diesem Prozess nicht zu Brüchen kommt, da diese der Gesellschaft den Wohlstand rauben und nicht zu der gewünschten Vorreiterrolle führen“, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für Europa und Internationales im Landtag. Es sei das Ziel der Landesregierung, bei dem Prozess Vorreiter zu sein, weshalb vor allem für Unternehmen die richtigen Anreize gesetzt werden müssten, bestätigte er auch seinen Vorredner Klaus Meyer. „Diesen lohnenswerten Weg hin zu einer Circular Economy müssen wir gemeinsam beschreiten“, betonte Brockes, der auch Sprecher für Industrie und Energie der FDP-Landtagsfraktion ist.

Diskussion

In der anschließenden Diskussionsrunde meldete sich u. a. der Nachhaltigkeitsökonom Helmut Federmann zu Wort, der die Politik als „große Schwachstelle“ des aktuellen Strukturwandels bezeichnete. Dietmar Brockes bestätigte, dass der energiepolitische Werkzeugkasten dringend aufgeräumt werden müsse und betonte die Notwendigkeit klarer Rahmenbedingungen für die Zukunft. Prof. Faulstich meinte, dass sich über das Ziel längst alle einig seien und lediglich über die zielführenden Instrumente gesprochen werden müssen. „Insbesondere die kommenden 20 Jahre der Koexistenz von konventionellen und erneuerbaren Energien halten Chancen für Nordrhein-Westfalen bereit“, sagte der Ingenieurwissenschaftler. Klaus Meyer hingegen war der Meinung, dass Brüche bei einem Wandel dazu gehören.

Gemeinsam ans Ziel

Eva-Maria Reinwald vom Institut Südwind bat um eine Ein-

schätzung der aktuellen Entwicklungen der Recyclingquoten, da der Rohstoffabbau häufig mit der Verletzung von Menschenrechten einhergehe und eine zeitnahe Veränderung wünschenswert sei. Prof. Faulstich bezeichnete die gegebenen Instrumente als „zahnlose Tiger“, da die zunehmende Materialvielfalt einer Circular Economy und dem damit einhergehenden Rückzug aus dem fossilen Rohstoffabbau leider noch im Wege stehe. Abschließend warf Moderator Dr. Peter Markus noch eine Frage in den Raum: „Wie schaffen wir es, dass ein Produkt aus Verbundwerkstoffen zwar alle Anforderungen erfüllt, aber dennoch leicht zu zerlegen ist?“ Klaus Meyer antwortete, dass über die bereits genannten kybernetischen Systeme hinaus auch die Gesellschaft helfen könne: „Die Menschen sollten sich als Mitentwickler begreifen und nicht immer nur das Billigste kaufen – sonst laufen all unsere Bemühungen ins Leere.“ Das Schlusswort gehörte Prof. Dr. Franz Josef Rademacher, der noch einmal zu bedenken gab, dass Recycling und Innovation sich häufig im Wege stehen und Rahmenbedingungen daher von größter Bedeutung seien, um einen Kompromiss zu finden. „Es muss nicht immer alles 100-prozentig Cradle to Cradle sein, stattdessen ist es oft hilfreicher, mit klugem Verstand die richtige Balance zu finden.“

Fazit

Circular Economy ist das Wirtschaftsmodell der Zukunft, denn in puncto Nachhaltigkeit besteht ohne Zweifel die Notwendigkeit eines branchenübergreifenden Umdenkens. Wir haben bereits eine starke Umweltwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, dennoch wird der Wandel hin zu einer Circular Economy eine Vielzahl an Herausforderungen mit sich bringen. NRW zählt schon jetzt zu den innovativen Vorreitern in Bezug auf zirkuläre Wertschöpfungssysteme. Der Weg zu einer kreislauffähigen Industrie birgt daher auch gerade für NRW große Chancen, von denen das Land profitieren kann. Damit dies gelingt, müssen die richtigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hierzu müssen Politik, Unternehmen und Gesellschaft an einem Strang ziehen, um die vielen Potenziale der Circular Economy für NRW zu heben.

„Wenn wir die Entkopplung des Wachstums von unserer planetar begrenzten Welt hinbekommen wollen, müssen wir auf eine Energie- und Rohstoffwende setzen.“ Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich

„Die Menschen sollten sich als Mitentwickler begreifen und nicht immer nur das Billigste kaufen – sonst laufen all unsere Bemühungen ins Leere.“

Dipl.-Ing. Klaus Meyer



Workshop: **Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW strukturell verankern**

Keynote:

Walter Hirche, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission und Berater für internationale BNE-Prozesse bei der Nationalen Plattform; 2002 – 2013 Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission; 2010 – 2016 Mitglied im Rat für nachhaltige Entwicklung; Minister a.D.

Impulse:

Jennifer Gatzke, Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Hessen e.V. (ANU Hessen e.V.); Projekt RENN.west in Hessen; Fachforum „Non-formale, informelle Bildung/Jugend“ der Nationalen Plattform BNE

Jeanne Freitag, YouPan – das Jugend-Panel zur Beteiligung junger Menschen an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung

Christel Fissahn, Geschäftsführerin des Gütesiegelverbands Weiterbildung e.V.; Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesbildungsverbände (BALB)

Prof. Dr. Andreas Keil, Bergische Universität Wuppertal – Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, Didaktik der Geographie

Moderation:

Marlies Dieckmann, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Kann der Nationale Aktionsplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) die strukturelle Verankerung von BNE in NRW befördern? Wie unterstützen BNE-Akteurinnen und Akteure in NRW die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans? Diesen und anderen Fragen rund um Bildung für nachhaltige Entwicklung stellten sich mehr als 60 Teilnehmende des Workshops unter der Leitung von Marlies Dieckmann.

Keynote

Walter Hirche blickte zunächst auf weltweite Entwicklungen: „Die internationalen und nationalen Rahmenbedingungen für BNE sind aktuell so gut wie nie zuvor.“ Die von den Vereinten Nationen im Herbst 2015 verabschiedete Agenda 2030 umfasse ehrgeizige Ziele, die universell gelten und erstmals alle Staaten als Adressaten in die Pflicht nehmen. Die Agenda und ihre 17 Ziele seien eine gemeinsame Vision für unsere Zukunft. Das gelte insbesondere auch für das Bildungsziel, SDG4: bis 2030 für alle Menschen inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen sicherstellen. „Die OECD schätzt“, so Hirche weiter, „dass Bildung so wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung ist, dass ein Versagen bei diesem speziellen Ziel die Umsetzung der 17 SDGs insgesamt gefährden könnte.“ Es liege nun an den Staaten und Regionen, eine systematische Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen voranzubringen sowie Bildung in allen Prozessen, die sich für nachhaltige Entwicklung einsetzen, zu implementieren.

Anschließend nahm Hirche die Entwicklung in Deutschland in den Blick: Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 sei auch die nationale Nachhaltigkeitsstrategie Anfang 2017 neu aufgesetzt worden. BNE nehme darin zum ersten Mal eine hervorgehobene Rolle ein. Mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (kurz NAP) am 20. Juni 2017 sei darüber hinaus ein weiterer Meilenstein gelungen. Erstmals seit den 1970er-Jahren sei ein gemeinsamer Aktionsplan von Bund und Ländern, mit Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft, erarbeitet worden. Das Bundeskabinett habe den NAP mit seinen 130 Zielen und 349 Handlungsempfehlungen für alle Bildungsbereiche unterstützt und die Mitwirkung der Ressorts angekündigt. „Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vom März 2018 bekräftigt: ‚Wir wollen die Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung intensivieren.‘ Das ist ein positives Signal für die kommenden Jahre“, fasste der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister von Niedersachsen und Brandenburg zusammen.

Dennoch entschied sich Walter Hirche zum Ende seiner Keynote für eine ambivalente Antwort auf seine Ausgangsfrage: „Welche Impulse kommen in den Ländern an?“ Trotz aller Erfolge gebe es ein klares Defizit bei der tatsächlichen bildungspolitischen Verankerung von BNE in den Lehrplänen sowie bei der Lehrerbildung. „Das ist und bleibt eine große Herausforderung. Für eine strukturelle Verankerung von BNE benötigen wir noch mehr Kohärenz, Durchschlagskraft und Synergien. Nutzen wir also die Chancen, die sich aus den nationalen und internationalen Referenzrahmen ergeben“, so Hirche.

Herausforderungen für den non-formalen Bereich

Jennifer Gatzke berichtete von ihrer Arbeit im Fachforum „Non-formale, informelle Bildung/Jugend“ der Nationalen Plattform BNE. „Wir machen immer wieder die Erfahrung, dass Partizipation erst noch gelernt werden muss“, erklärte Gatzke und ergänzte: „Wir im Fachforum sind noch dabei unsere zukünftige Rolle zu definieren. Viele der Ziele, Maßnahmen und Prüfaufträge des Nationalen Aktionsplans müssten auch von Politik und Verwaltung auf Landesebene getragen werden. Wie das erreicht werden kann und wer hier die nötigen Gespräche führen wird, ist bisher nicht entschieden worden.“ Dies müsse zuerst geklärt werden, bevor konkrete Ziele und Maßnahmen in Angriff genommen werden können.

Eine Stimme für die Jugend

Jeanne Freitag, Mitglied von YouPan, dem Jugend-Panel zur Beteiligung junger Menschen an der Umsetzung des NAP, betonte, wie sinnvoll es sei, jungen Menschen eine Stimme zu geben. „Es bringt nichts, Maßnahmen zu entwickeln, die von der Jugend nicht unterstützt werden“, erklärte die Studentin der Umwelt- und Bildungswissenschaften. Gleichzeitig wünschte sie sich mehr Freiheit und Raum, um eigene Vorstellungen auf nationaler Ebene in den BNE-Prozess einbringen zu können. Der Gestaltungsspielraum hänge bislang noch stark vom jeweiligen Fachforum und den agierenden Menschen ab.

Gemeinsames Siegel für Qualität

Christel Fissahn vom Gütesiegelverbund Weiterbildung e.V. betonte in ihrem Beitrag, dass Qualitätsentwicklung in



den 460 gemeinwohlorientierten Einrichtungen der Weiterbildung seit langem etabliert sei. „Wer als Weiterbildungsträger gefördert werden möchte, braucht Qualitätsmanagement und muss dieses nachweisen.“ Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, BNE in das bestehende System zu integrieren. Ein gemeinsames BNE-Siegel für den außerschulischen Bereich soll die erweiterte Zertifizierung sichtbar machen.

Verankerung in der Lehrerbildung

Prof. Dr. Andreas Keil von der Universität Wuppertal hatte im Vorfeld bereits ein erstes Commitment formuliert und mit in die Runde gebracht: „Wir verpflichten uns, das BNE-Konzept in der Lehramtsausbildung für das Fach Geographie zu verankern.“ Das BNE-Konzept für Lehrkräfte, so Keil, auf drei Säulen: „Da ist zunächst die fachdidaktische Ebene, bei der der Lehrer als Vorbild und Change-Agent fungiert. Dann kommt die fachliche Ebene, bei der das Mensch-Umwelt-System als Zusammenspiel zwischen den Natur- und Gesellschaftswissenschaften begriffen wird. Unser drittes Ziel ist es, die aktuelle Transformationsforschung direkt in die Lehre zu bringen.“

Im sich anschließenden Meinungsaustausch forderten die Anwesenden neue und qualitativ bessere Lehrveranstaltungen sowie interdisziplinäre Projekte, die schulische und außerschulische Partner vernetzen und einen Perspektivwechsel möglich machen. Zudem wurde die Forderung laut, BNE verbindlich in die Lehramtsausbildung zu integrieren.

Commitments und Diskussionsbeiträge

Alle Teilnehmenden des Workshops waren im Folgenden eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen und ihre Ideen und Commitments zum Nationalen Aktionsplan BNE abzugeben. Die Anregungen und Verpflichtungen wurden auf einer Tafel gesammelt. Ein Auszug:

- BNE in der Lehrerbildung verankern und strategisch multiplizieren
- Rolle von Freiwilligendiensten (z. B. Freiwilliges Ökologisches Jahr) für BNE nutzen
- BNE in der forstlichen Welt in NRW verankern
- BNE in die Fläche bringen (BNE-Regionalzentren)
- Reflexion von BNE-Maßnahmen durch die Jugend
- Mehr Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Partnern

- Unterstützung bei der Vernetzung von Bildungsakteuren
- Bildung eines Runden Tisches BNE NRW
- BNE an außerschulischen Lernstandorten langfristig finanziell fördern
- Vermittlung von BNE-Inhalten in Kommunen und kommunalen Institutionen (Vereinen und Kirchengemeinden) verstärken
- Bildungslandschaften in Beteiligungslandschaften – insbesondere mit Blick auf BNE – weiterentwickeln
- BNE im Elementarbereich weiterentwickeln (Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher; Weitervermittlung von Angeboten für Berufsschulen; BNE in Aus- und Weiterbildung integrieren)

Fazit

„BNE strukturell in das Bildungssystem zu verankern – dieses Ziel muss von vielen getragen und gemeinsam verantwortet werden. Die Diskussion hat gezeigt, dass sich das Engagement für BNE und Globales Lernen in Nordrhein-Westfalen auf eine breite Akteurslandschaft stützt und in Zukunft noch viel bewegt werden kann,“ resümierte Moderatorin Marlies Dieckmann zum Abschluss der Diskussion. Das NRW-Umweltministerium werde deshalb weiter daran arbeiten, gemeinsam mit den zuständigen Fachressorts, der BNE-Agentur NRW als Fach- und Koordinierungsstelle, den Kommunen und den vielen BNE-Engagierten in der Gesellschaft wirksame NRW-Beiträge zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zu leisten.

„Für eine strukturelle Verankerung von BNE benötigen wir noch mehr Kohärenz, Durchschlagskraft und Synergien. Nutzen wir also die Chancen, die sich aus den nationalen und internationalen Referenzrahmen ergeben.“

Walter Hirche



Podiumsdiskussion II: Leben in der Stadt der Zukunft

Teilnehmende:

Sarah Primus, Vorsitzende Landesjugendring

Simone Raskob, Beigeordnete für Umwelt, Bauen und Sport der Stadt Essen

Olaf Tschimpke, Stellvertretender Vorsitzender Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung

Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Präsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH

Moderation:

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Eine zweite Diskussionsrunde am Nachmittag nahm das Leben in der Stadt der Zukunft in den Blick. Sarah Primus, Simone Raskob, Olaf Tschimpke und Prof. Dr. Uwe Schneidewind stellten ihre Visionen vom Leben in einer nachhaltigen Stadt vor.

Die junge Generation einbeziehen

Zum Auftakt beschrieb Sarah Primus, welche Hoffnungen Jugendliche mit der Stadt der Zukunft verbinden. Dass junge Menschen bereits um aktuelle Probleme wissen, steht für die Vorsitzende des Landesjugendrings außer Frage: „Die junge Generation will sich nicht dem alltäglichen Trott unterwerfen, sondern nachhaltig handeln und die Zukunft mitgestalten.“ Allein die Projekte der 25 Mitgliedsverbände des Landesjugendrings zeigen, wie unterschiedlich sich Jugendliche dem Thema Nachhaltigkeit nähern – über einen kritischen Blick auf den eigenen Konsum, über Engagement für den Klimaschutz oder über das Angehen von sozialen Problemen. „Was die verschiedenen Ansätze miteinander verbindet“, so Primus, „ist die Offenheit der Jugendlichen. Sie alle haben auf dem Schirm, wie wichtig nachhaltiges Handeln für die Entwicklung der Zukunft ist.“ Auch die Kinderstadt, ein Projekt des Landesjugendrings, mache deutlich, dass die Visionen der jungen Generation zukunfts-fähig seien. „Bei diesem Projekt lag die gesamte Stadtplanung in den



Händen der Kinder“, erklärt die Vorsitzende. „Herausgekommen ist eine nachhaltige Stadt mit viel Grün, in der nur wenige Autos fahren und Produkte vermehrt gemietet oder getauscht werden.“ Für Primus sei wichtig, Jugendliche schon frühzeitig in Stadtplanungsprozesse miteinzubeziehen: „Die Kinderstadt zeigt, wie es funktioniert.“

Nachhaltigkeit muss Spaß machen

Simone Raskob blickte zurück auf das Jahr der Grünen Hauptstadt 2017 in Essen und nach vorn auf die noch kommenden grünen Entwicklungen. „Der Titel ‚Grüne Hauptstadt Europas‘ war ein Vertrauensbeweis der EU-Kommission in den Strukturwandel der Stadt und der Region“, betonte die Beigeordnete für Umwelt, Bauen und Sport der Stadt Essen. Das Jahr der Grünen Hauptstadt sei beendet, aber es sei auch der Start in eine Grüne Dekade gewesen. 2018 endet der Steinkohlebergbau in der Region, der Emscherumbau werde 2020 fertiggestellt, im Jahr 2022 finden die Ergebnispräsentationen der KlimaExpo.NRW und der klimametropole RUHR 2022 statt und 2027 wolle die Metropole Ruhr eine Internationale Gartenausstellung ausrichten. Als konkretes Projekt verwies Raskob auf die „Schule Natur“ im Grugapark Essen, die seit Juli 2017 Regionalzentrum im Landesnetzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung NRW“ sei und wird daher vom NRW-Umweltministerium gefördert

werde. „2017 war für uns ein Startjahr. In den nächsten zehn Jahren wollen wir die Ziele der Grünen Hauptstadt umsetzen“, versprach Simone Raskob. Ihr Erfolgsrezept: „Nachhaltigkeit muss Spaß machen. Man muss einfach Freude daran haben, sein eigenes Lebensumfeld nachhaltig mitzugestalten.“ Das hätten insbesondere schon die mehr als 200 Bürgerprojekte gezeigt, die 2017 im Rahmen der Grünen Hauptstadt in Essen realisiert wurden. Jeder könne sein eigenes Verhalten auf den Prüfstand stellen: „Wie fahre ich zur Arbeit? Muss es wirklich das Auto sein oder geht es auch anders? Die gleichen Fragen sind auch mit Blick auf das eigene Konsumverhalten relevant. Essen hat allein 21 Wochenmärkte, auf denen Sie Produkte aus der Region kaufen können.“

Intelligente Bodennutzung

Olaf Tschimpke, stellv. Vorsitzender des Rats für Nachhaltige Entwicklung, lenkte in seinem Redebeitrag den Blick auf den Emscherumbau als ein wichtiges Zukunftsprojekt: „Dieses Projekt ist nicht nur in der Region von besonderer Bedeutung, sondern in ganz Europa.“ Gehe es um Klimathemen, so stehe NRW jedoch erst am Anfang. Potenzial gäbe es etwa in Form von Süddächern und offenen Flächen, die für Solaranlagen genutzt werden könnten. „Schon beim heutigen Stand können die Städte viel verändern“, ist Tschimpke, auch Präsident des Naturschutzbundes (NABU), überzeugt. Ein sehr großes Fragezeichen sieht er momentan noch beim Thema Bodenpreise und -nutzung. „Ziel sollte es sein, Spekulationen mit Boden zu vermeiden“, findet Tschimpke. „Dafür müssen wir über mögliche Modelle diskutieren.“ Er stehe etwa der Einführung von gesetzlichen Grenzen sowie von höheren Steuern positiv gegenüber. Daneben sei eine neue Form von intelligenter Architektur gefragt, die in ihren Planungen Freiräume für Grün berücksichtige und auch auf den sozialen Wohnungsbau eingehe. „Positive Beispiele für solche Projekte gibt es überall in Deutschland“, weiß der NABU-Präsident. „Der Standard ist es allerdings noch nicht.“ Wenn er daran denke, wie die Stadt der Zukunft aussehen könne, habe er Kopenhagen vor Augen: „Von der dänischen Hauptstadt können wir uns einiges abschauen“, findet Tschimpke.



Neue Formen der Integration

Prof. Dr. Uwe Schneidewind vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie nahm die Urbanisierung und das weltweite Wachstum der Städte in den Blick: „Ich sehe die Kritik und den Widerstand der jungen Generation als positives Zeichen. Denn Kritik bedeutet Zuversicht. Nur jemand, der den Eindruck hat, es kann sich etwas verändern, wird Widerstand zeigen.“ Ziel sei es, integrative und inklusive Städte zu schaffen. „Die Menschen experimentieren mit neuen Formen der Integration. Urban Gardening ist ein Beispiel dafür. Wichtig ist es nun, bei der Gestaltung zukünftiger Städte die junge Generation intensiv miteinzubeziehen“, so Schneidewind weiter.

Ungenutztes Potential

Alle Diskutanten waren sich darin einig, dass das ungenutzte Potenzial in den Städten groß sei. „Das Ruhrgebiet kann ein Labor für Städte im Strukturwandel sein“, erklärte Simone Raskob. Die Stadt Essen habe beispielsweise im Univiertel und im Kruppgrübel erfolgreich Brachflächen entwickelt sowie Grün- und Wasserflächen geschaffen. „Ein Grünviertel auf einer Brachfläche kann als Motor einer nachhaltigen Stadtentwicklung fungieren. Dabei gilt es, einen sozialverträglichen Strukturwandel zu realisieren“, so die Beigeordnete weiter. Letztlich müsse eine Stadt der Zukunft von Beginn an mit der jungen Generation zusammenarbeiten.

Interessante Ökostrukturen

Auch beim Thema Biodiversität kann die Stadt der Zukunft punkten. Ein Beispiel: Seit der Stilllegung von Zeche Zollverein (1986) und Kokerei Zollverein (1993) habe sich auf dem Gelände des UNESCO-Welterbes in Essen eine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt entwickelt, wie Simone Raskob ausführte. Neben heimischen Arten, die in ihren ursprünglichen Lebensraum zurückkehren, sind heute auch sogenannte Neophyten – „pflanzliche Neubürger“ – auf Zollverein zu finden. So sorgte die Industriebranche beim Thema Biodiversität immer wieder für Überraschungen. Über 800 Arten konnten 70 Experten am GEO-Tag der Natur im Juni 2017 auf dem Gelände des Welterbes



Zollverein nachweisen. Prof. Schneidewind bezeichnete die Zeche Zollverein sogar als „Arche Noah der Zukunft“ und ergänzte: „Die boomenden Städte der Zukunft werden jedoch nur Realität, wenn wir die Vision einer neuen Mobilität umsetzen können.“

Eine bessere Mobilität

Der Wissenschaftler träumt von einer Stadt ohne „Blechbüchsen“: Stände all der Raum zur Verfügung, der heute für parkende und fahrende Autos aufgewendet wird, könnten gigantische Flächenreserven für die Allgemeinheit entstehen. Auch Olaf Tschimpke denkt in diese Richtung: „Der Individualverkehr in heutiger Form wird auf Dauer nicht mehr funktionieren, dafür fehlt es an Raum.“ Parks und Grünflächen anstelle von Parkhäusern könnten dagegen die Lebensqualität enorm aufwerten. „Wir brauchen eine Mobilitäts-Wende. Wir müssen einen besseren ÖPNV für unsere Bürger hinbekommen“, schloss sich Simone Raskob den Worten ihrer Vorredner an. Die Verkehrsunternehmen im Land seien der Schlüssel für Städte der Zukunft: „Es muss gelingen, dass wir den Nahverkehr aus einer Hand realisieren. Die Verkehrsunternehmen müssen zu Mobilitätsdienstleistern werden. Hier nenne ich nur das Stichwort ‚Intermodalität‘“, betonte die Essener Umweltdezernentin. Aus Sicht der jungen Generation stünde solchen Plänen laut Sarah Primus nichts im Wege. „Heutzutage hat



das eigene Auto an Leuchtkraft verloren. Schließlich gibt es Busse und Bahnen, Radwege und Carsharing – zumindest in den Städten“, erklärt die Vorsitzende des Landesjugendrings. Dennoch müsse der ÖPNV neu organisiert werden, es fehle an günstigen Angeboten, einer besseren Taktung sowie einem einheitlichen Auftreten.

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit

Gerade im Ruhrgebiet sei bei allen Nachhaltigkeitsüberlegungen die soziale Frage auch eine Überlebensfrage. Mit Arbeitslosenzahlen von annähernd elf Prozent und einer Vielzahl von Langzeitarbeitslosen seien kreative sBottom-up-Projekte gefragt. „In Essen haben wir das Projekt ‚Neue Wege zum Wasser‘. Hier werden seit 2005 Langzeitarbeitslose bei der Renaturierung der Bachläufe eingesetzt“, berichtete Raskop und skizzierte ein weiteres Projekt: Unter dem Titel „Radeln ohne Alter“ erhalten dabei alte und hilfsbedürftige Menschen die Möglichkeit, ihre einstigen Lieblingsplätze mit dem Rad zu besuchen. Selbst strampeln müssen die Senioren dabei nicht: Eine Gruppe von Langzeitarbeitslosen ver helfe auch Hochbetagten auf elektrischen Fahrrad-Rikschas zu Ausflügen in die Natur und zu Schauplätzen der Kindheit. Jede Stadt solle künftig vergleichbare kleine Projekte realisieren. Simone Raskob: „Wenn die Nachhaltigkeit nicht in die Herzen geht, wird sie langfristig nicht funktionieren.“

Circular Economy und Digitalisierung

Prof. Schneidewind weitete die Diskussion auf die Circular Economy aus. Die zentrale Herausforderung der Kreislaufwirtschaft bestehe darin, den Mangel an Informationen über die benötigten Rohstoffe zu beheben. „Die Digitalisierung macht jetzt die Verwendung von Sekundärrohstoffen sinnvoll möglich. Denn je besser wir diese Schätze identifizieren, umso nachhaltiger können wir sie wieder zum Einsatz bringen“, erklärte der Wissenschaftler. Den Punkt „Digitalisierung“ brachte auch Sarah Primus zur Sprache. Da Jugendliche mit der Digitalisierung aufgewachsen seien, wüssten sie gut über Chancen, aber auch über Risiken Bescheid. „Wenn es um die Frage geht, wie sich Nachhaltigkeit und Digitalisierung verknüpfen lassen, ist die junge Generation der richtige Ansprechpartner“, ist sich Primus sicher.

Themen der Stadt der Zukunft

Am Ende der Diskussionsrunde fasste Moderatorin Tanja Busse die Wortbeiträge kurz zusammen und identifizierte die folgenden Punkte als Kernpunkte, wenn es um das Leben in der Stadt der Zukunft geht: Neben den Themen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Teilhabe“ werden der ÖPNV sowie eine grüne Infrastruktur wesentliche Faktoren sein. Auch eine intelligente Bodennutzung sowie neue Formen der Architektur werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit müsse stets berücksichtigt werden. Dabei sollte vor allem die junge Generation von Beginn an in den Diskurs einbezogen werden.



Fazit - Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen voranbringen!

Abschlussinterview mit Dr. Heinrich Bottermann,
Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirt-
schaft, Natur- und
Verbraucherschutz NRW

In seinem abschließenden Fazit fasste Dr. Heinrich Bottermann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, die für ihn wesentlichen Erkenntnisse der 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung zusammen. Er dankte für die lebhafteste Diskussion und die zahlreichen Impulse der Referierenden und der Teilnehmenden. Er stellte in Aussicht, ab Herbst weitere Veranstaltungen zu Themen der Nachhaltigkeit im gesamten Land durchzuführen: „Wir möchten möglichst viele Menschen beteiligen und einen produktiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern führen. Dazu müssen wir die Themen der Nachhaltigkeit ins ganze Land tragen – auch in die ländlichen Regionen NRW.“ Ergänzend betonte Bottermann: „Zudem müssen wir in Zukunft die soziale Dimension der Nachhaltigkeit noch stärker berücksichtigen.“



Als wichtige Themen für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen nannte der Staatssekretär die Digitalisierung („Ohne Digitalisierung kriegen wir keine Nachhaltigkeit hin“) und die Mobilität: „Wir müssen unsere Städte lebenswerter machen, daher brauchen wir die Mobilitätswende.“ Der ÖPNV sei eine wesentliche Säule einer Luftreinhaltestrategie. Er erkenne durchaus erste Tendenzen einer Mobilitätswende, verwies zum Beispiel darauf, dass immer weniger junge Menschen ein eigenes Auto besitzen wollen.

„Die Landesregierung hat Interesse an einem guten Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, den Kommunen und der Wissenschaft. Wir wünschen uns einen offenen Austausch über den richtigen Weg“, stellte der Staatssekretär heraus. Die Tagung habe gezeigt, dass es vielfältiges Engagement und zahlreiche innovative Impulse im Land gäbe. Nun gehe es darum, die auf der Tagung ausgetauschten guten Ideen auszuwerten und in die Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie einzubringen. Staatssekretär Bottermann: „Bei der nächsten Nachhaltigkeitstagung in 2019 wollen wir gemeinsam ein Zwischenfazit ziehen und die Umsetzung der Strategie weiter voranbringen!“

Evaluation

Die Evaluationsbögen wurden sowohl bei der Registrierung als auch bei der Namensschildrückgabe an die Teilnehmer ausgegeben und am Nachmittag im Plenum ausgelegt.

Insgesamt konnten 84 ausgefüllte Evaluationsbögen gezählt werden. Davon bewerteten 63 Teilnehmer (77 Prozent) die Nachhaltigkeitstagung mit gut bis sehr gut, 19 Teilnehmer (23 Prozent) empfanden die Veranstaltung als weniger gelungen. Zwei Teilnehmer gaben keine Gesamtbewertung ab.

Das Plenum wurde mehrheitlich positiv bewertet. Die hochkarätigen Redner und Referenten sowie die Anwesenheit des Ministerpräsidenten wurden ebenfalls sehr gelobt. Besonders die Diskussionsrunde „Leben in der Stadt der Zukunft“ fand großen Anklang. Allerdings wurden der niedrige Frauenanteil sowie die große Anzahl der politischen Reden bemängelt. Zudem kam häufig die Anregung, die junge Generation aktiver in die Diskussionen mit einzubeziehen. Ein Großteil der Teilnehmer wünscht sich darüber hinaus mehr Möglichkeiten zur Interaktion.

Die Moderation wurde wie in den vergangenen Jahren besonders hervorgehoben und überwiegend als sehr gut bewertet. Auch die Themenforen kamen bei den Teilnehmenden gut an, lediglich die vorhandene Zeit wurde von vielen als zu kurz erachtet. Die Ergebnisse und Eindrücke der Konferenz werden mehrheitlich beruflich und persönlich genutzt.

Der Markt der Möglichkeiten und die Speakers' Corner wurden durchweg positiv aufgenommen. Allerdings wurde häufig mehr Zeit für den Besuch des Marktes und zum allgemeinen Netzwerken gewünscht.

Die Vielfalt und Qualität des Catering erhielt eine durchweg positive Bewertung. Einige der Teilnehmer wünschen sich allerdings ein komplett veganes Speisenangebot.

Zur Bearbeitung der inhaltlichen Aspekte wurden hauptsächlich interaktivere Workshop- oder Diskussionsmethoden wie zum Beispiel das Fishbowl-Verfahren oder ein World-Café angeregt. Zusätzlich gibt es eine große Nachfrage nach Best-Practice-Beispielen sowie nach einem Fazit der erarbeiteten Ergebnisse aus den Workshops.

Als sehr positiv bewertet wurde die große Vielfalt der Teilnehmenden. Die jüngste Teilnehmerin, die einen Evaluationsbogen ausgefüllt hat, ist 17 Jahre alt, der älteste Teilnehmer 78 Jahre. Für die Zukunft wird jedoch eine stärkere Einbeziehung von Vertretern aus der Wirtschaft sowie aus sozialen Unternehmen oder Verbänden gewünscht.

Die Verteilung der 84 Teilnehmer der 6. Nachhaltigkeitstagung, die einen Evaluationsbogen ausgefüllt haben, nach Berufsgruppen sieht wie folgt aus:

NRO:	35	(42 %)
Wissenschaft:	9	(10 %)
Politik:	4	(5 %)
Verwaltung:	16	(19 %)
Wirtschaft:	6	(7 %)
Sonstiges:	14	(17 %)

Der Bereich „Sonstiges“ umfasst unter anderem Studenten und freie Interessengruppen.

Die Verteilung nach Geschlechtern:

männlich:	29	(34 %)
weiblich:	47	(56 %)
Keine Angabe:	8	(10 %)

Die zahlreichen Rückmeldungen und Anregungen werden zur Weiterentwicklung und Verbesserung der inhaltlichen sowie organisatorischen Planung der 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung berücksichtigt.

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement

Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sieht vor, dass sich die Landesverwaltung bei der Organisation von Veranstaltungen am „Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen des Umweltbundesamts“ orientiert. Dieser Leitfaden wurde auch bei der Umsetzung der 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung in Essen angewandt.

Hier einige wichtige Elemente:

Einladungsmanagement

Für ein umweltfreundliches Einladungsmanagement wurde auf Papier und Druck verzichtet. Die Einladungen sowie der Reminder zur 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung wurden in digitaler Form versendet und das Programm stets in aktualisierter Form auf der Webseite veröffentlicht.

Drucksachen

Um den Papierverbrauch niedrig zu halten, wurden am Akkreditierungs-Stand lediglich wichtige Infomaterialien ausgelegt. Das Ansichtsmaterial wurde weitgehend doppelseitig bedruckt und Papier verwendet, welches mit dem Siegel des „Blauen Engels“ zertifiziert ist. Farbdrucke wurden ebenfalls vermieden und lediglich für die Raumpläne genutzt.

Anreise

Das Congress Center Ost der Messe Essen als Veranstaltungsort überzeugt durch eine zentrale Lage sowie seine gute Anbindung an den ÖPNV. Sowohl an der Messe Essen als auch am Hauptbahnhof Essen besteht die Möglichkeit, an einer Radstation der metropolradruhr Fahrräder für den Tag auszuleihen. Vom Hauptbahnhof Essen aus ist der Messe-Eingang Ost schnell mit der U-Bahnlinie 11 zu erreichen (Fahrzeit ca. 5 Minuten). Bereits im Vorfeld der Veranstaltung wurden die Teilnehmer auf die Möglichkeiten der umweltfreundlichen Anreise aufmerksam gemacht.

Die Online-Registrierung bot auch in diesem Jahr die Möglichkeit, die Anreise der Teilnehmenden vorab abzufragen. Insgesamt beteiligten sich 454 Personen an der Umfrage. Sie machten folgende Angaben zum voraussichtlich genutzten Verkehrsmittel und der Reisedistanz (wobei die Reisedistanz nicht von allen ausgefüllt wurde):

- Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: 313 Personen (insgesamt ca. 36.269 km)
- Anreise mit Pkw: 118 Personen (insgesamt ca. 12.209 km)
- Anreise mit Fahrrad: 4 Personen (insgesamt 43 km)
- Anreise zu Fuß: 19 Personen (insgesamt 76 km)

Namensschilder

Für die Namensschilder wurde ebenfalls umweltfreundliches Papier verwendet. Die Badges wurden am Ende der Veranstaltung von den Teilnehmenden zurückgegeben und können bei anderen Veranstaltung erneut genutzt werden. Dadurch wird unnötiger Plastikmüll vermieden.

Catering

Das Catering der 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung war auch in diesem Jahr saisonal und regional ausgerichtet. Alle Speisen und Getränke wurden in Bio-Qualität angeboten und sowohl der Kaffee als auch der Tee besaß eine Fair-Trade-Zertifizierung. Das Catering bot verschiedene belegte Brötchen sowie zwei warme Suppen und ein Kuchenbuffet. Alle Speisen waren vegetarisch und auch vegane Varianten wurden angeboten.

Emissionen

Alle entstandenen CO₂-Emissionen werden in Zusammenarbeit mit der EnergieAgentur.NRW zusammengetragen und unter Verwendung von CO₂-Zertifikaten kompensiert. Insgesamt belaufen sich die CO₂-Emissionen der 6. NRW-Nachhaltigkeitstagung auf 6,06 Tonnen. Die CO₂-Emissionen pro Teilnehmer liegen bei 13,68 Kilogramm.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fachliche Betreuung und Redaktion:

Referat VIII-3
Nachhaltige Entwicklung, Koordination Nachhaltigkeitsstrategie NRW, Umwelttrends
Schwannstraße 3
40476 Düsseldorf

Tagungsdokumentation und Redaktion:

CP/COMPARTNER Agentur für Kommunikation GmbH
Carola Dietz
Lisa Heinrich
Silja Mannitz
Heike Reinhold

Gestaltung:

CP/COMPARTNER Agentur für Kommunikation GmbH
Yasmin Strauß

Bildnachweis:

Bildnachweis: Reiner Zensen
Titel: © Oleg Saenko – istockphoto.com

Stand:

Juni 2018

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat VIII-4
Nachhaltige Entwicklung, Koordination
Nachhaltigkeitsstrategie NRW,
Grundsatzfragen der Umweltpolitik
Schwannstraße 3, 40190 Düsseldorf
www.umwelt.nrw.de